

# Danziger Zeitung



Nr. 19925.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Aelterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 14. Januar.** (Privattelegramm.) In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung der Militärcommission ging Abg. Richter in längerer Rede auf die Ausführungen des Reichskanzlers in voriger Sitzung ein, zuerst auf die auswärtige Lage, dann auf die militärischen Gesichtspunkte. Er hob hervor, daß die Lage seit 1890 sich nicht geändert habe. Die Bedeutung der Ziffern, welche die Regierung angebe, könne er nicht anerkennen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse verbieten die geforderte sehr bedeutende Vermehrung der Friedensarmee. Die Regierung verlange 60 000 Mann Rekruten jährlich mehr. Verdruß wollte die Ersatzreserve beibehalten. Wenn man 22 000 Rekruten jährlich mehr aushebe und 18 000 Mann Ersatzreservisten ausbilde, so habe man schon 45 000 ausgebildete Mannschaften, d. h. 2/3 von dem, was die Regierung verlange. Wenn man sagt, diese Vorlage müsse unverändert angenommen werden, dann sei die weitere Beratung überflüssig, dann werde der Kampf unvermeidlich. Der Reichskanzler Graf Caprivi antwortete in ausführlicher Weise. Er glaube nicht, daß die Weiterberatung überflüssig sei. Man werde doch der Regierung die Gelegenheit geben, ihre Motive darzulegen. Graf Caprivi hob die Bedeutung der Cavallerie hervor und stellte mehrere irrtümliche Mitteilungen der Presse über seine neulichen Ausführungen richtig. Abg. v. Stumm trat für die Vorlage ein wie im Plenum. Abg. Bebel glaubt auch an einen über kurz oder lang ausbrechenden Krieg, der ein Kampf um die Existenz sein werde. Für diesen Kampf müsse man die Kräfte, insbesondere die finanziellen, reservieren. Abg. Bebel glaubt auch an eine baldige monarchische Restauration der Orleans in Frankreich.

**Berlin, 14. Jan.** (Privattelegramm.) In Folge des Polizeikostengesetzes wird voraussichtlich für Berlin der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer von 70 wieder auf 100 Procent erhöht werden.

— Die „Düsseldorfer Ztg.“ veröffentlicht eine vom Dezember datirte, gegen den Assistentenverband gerichtete Verfügung des Düsseldorfer Oberpostdirectors Adhne.

**Wien, 14. Januar.** (W. I.) Gestern Abend entgleiste ein Personenzug der Staatsbahn zwischen Simberg und Eggenburg in Folge eines Radbruches. Fünf Waggons wurden zertrümmert, ein Passagier schwer, fünf leicht verletzt, drei Conducteure verwundet.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Januar.

### Die preussische Finanzlage.

Finanzminister Dr. Miquel hat in seiner vorgestrigen Etatsrede mit Recht als seine Aufgabe die bezeichnet, ohne Schönfärberei, aber auch ohne übertriebenen Pessimismus — ist Pessimismus

### Die Kunst des Heizens.

(Nachdr. verbott.)  
Ein Wort an unsere Hausfrauen.  
Von C. Falkenhofst.

Betrachten wir an einem klaren Wintertage von einem benachbarten Hügel aus das Panorama einer unserer Großstädte, so sind wir wohl im Stande, den Unterschied zwischen der Stadtluft und der Landluft zu sehen. Ueber den fernern Dörfern wölbt sich ein klarer blauer Himmel, vor dem sich die Rauchwölkchen der einzelnen Ecken scharf abheben, über der Stadt lastet eine graue oder schwärzliche Kappe, in welcher die Rauchmassen der Schöte und Hauskornsteine verschwimmen. In dieser Rauchkappe schweben unzählige Rußtheilchen und sie ist erfüllt mit schlechten Gasen: außer Kohlenäure und dem giftigen Kohlenoxyd enthält sie noch Salzsäure, schweflige Säure und Schwefelsäure — alles unwillkommene Verbrennungsproducte der Kohle. Es ist seit geraumer Zeit bekannt, daß diese scharfen ätzenden Stoffe die Athmungsorgane der Menschen reizen, also ungesund sind, und daß der in unzähligen Myriaden in der Stadtluft schwebende Ruß eine Ursache der häufigen Nebelbildung in den Städten abgibt, den Einwohnern das himmlische Licht raubt und zugleich den Luftaustausch in den Straßen der Stadt und über den Dächern des Häusermeeres erschwert. Aber nicht nur dem Hygieniker, sondern auch dem Volkswirth ist der Rauchmantel unserer Städte verhaßt; denn er ist ein Zeichen einer leichtfertigen sinnlosen Verschwendung des Brennmaterials. Alle diese Rußflöckchen, welche in der Stadt die Wäsche schmutzig machen und in kurzer Zeit weiß getünchte Wände schwärzen, sind unverbrannte Kohle, sind der kostbare Stoff, über dessen hohe Preise wir in jedem Winter klagen. Die meisten Menschen haben keine Ahnung von den Mengen der Brennstoffe, die sie nutzlos durch den Schornstein entweichen lassen!

Nach sorgfältigen Berechnungen der Techniker liegt unsere Heizung sehr im Argen; von der Kohle, die wir verbrennen, wird nur der zehnte

nicht immer eine Uebertreibung? — die Finanzlage zu beurtheilen. Von diesem Standpunkte aus ist er dahin gekommen, daß die jetzige nicht erfreuliche Finanzlage theils auf vorübergehenden Verhältnissen, wie die wirtschaftliche Krise, beruhe, theils auf dauernden Gründen. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ja nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich und im Auslande betrübend sind, muß man abwarten. Aber wie verhält es sich mit den dauernden Gründen unseres Deficits? Einmal ist der preussische Staat in einem Umfange, wie kaum ein anderer, auf den Ertrag der Betriebsverwaltungen, Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen u. s. w. angewiesen, so daß wirtschaftliche Krisen, die naturgemäß diese Erträge herabmindern, unmittelbar in die staatlichen Finanzverhältnisse eingreifen. Die Folgen der Verstaatlichung der Eisenbahnen, die von freisinniger Seite gerade deshalb bekämpft wurde, sind in den letzten Jahren schroff hervorgetreten. Die letzten Jahre sind durch magere abgelöst. Das wäre immer bedenklich. Gefährlich aber wird der Zustand erst dadurch, daß bis 1890 die Ueberschüsse der Staatshähen zu einem großen Theil zur Vermehrung der Staatsausgaben geführt haben, zu deren Deckung nunmehr die Mittel fehlen.

Der Finanzminister meint, die erste Aufgabe einer planmäßigen Finanzverwaltung müsse darin bestehen, diese Schwankungen zu vermeiden. Wie das geschehen soll, hat der ideenreiche Finanzminister noch nicht mitgeteilt. Zur Zeit ist da wenig zu thun. So lange die Erträge der Betriebsverwaltungen des Staates hinter dem Ausgabebedarf zurückbleiben, muß man sich eben behelfen. Praktisch wird die Frage erst werden, wenn die Ueberschüsse wieder über den Bedarf hinaus steigen. Naturgemäß werden sich dann alle die Anforderungen an die Finanzverwaltung wieder einstellen, die bisher unbefriedigt geblieben sind. Wie soll dann vermieden werden, daß von neuem vorübergehende Ueberschüsse als dauernde angesehen und darauf hin die dauernden Ausgaben entsprechend gesteigert werden?

Der Finanzminister ist der Ansicht, man müsse zu den alten vorsichtigen Grundsätzen in der Verwaltung wie in der Volksvertretung zurückkehren, die ihre Aufgabe hauptsächlich in der Verwendung der Einnahmen, nicht in dem Drängen nach noch mehr Ausgaben gesehen habe. Wir sind ganz damit einverstanden. Aber nachdem durch die Finanzpolitik des Fürsten Bismarck die Finanzverwaltung in Preußen vorwiegend auf hohe Erträge aus den Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w., im Reich auf indirecte Steuern, die in ihren Erträgen in gleicher Weise schwanken, angewiesen worden ist, wird mit der Empfehlung von Sparsamkeit auch in Zeiten des Ueberflusses wenig gethan sein. Schulden zu tilgen und dadurch die Ausgaben für die Verjüngung der Staatsschuld zu vermindern, ist ja sehr empfehlenswerth, aber förderlicher für die wirtschaftliche Entwicklung des Volkes wäre es offenbar, wenn der ersten Anforderung an jede gesunde Finanzpolitik entsprochen würde, nämlich der, daß die Einnahmen sich nach den für notwendig erkannten Ausgaben richten, während, wie die Dinge liegen, in Preußen Steuern gezahlt werden müssen, auch dann, wenn der Ertrag derselben zum Theil zur Befreiung der Ausgaben nicht erforderlich ist. Wenn das Geld erst im Kassen klingelt, ist die Berufung für den Finanzminister wie für die Landesvertretung, dasselbe zu angeblich notwendigen Dingen zu verausgaben, erfahrungsmäßig zu

theil sozusagen als Wärme ausgenutzt; Neunzehntel ziehen unverwerthet durch den Schornstein ab. London verbrennt jährlich 8 Milliarden Ailo Kohle, aber die Weltstadt verwerthet dabei in Wirklichkeit nur diejenige Wärmemenge, die in 800 Millionen Ailo Kohle steckte. Man ist gegenwärtig eifrig bestrebt, durch Verbesserung der Defen dieser Verjüngung und der Rauchbildung Einhalt zu gebieten, aber auf die Construction allein kommt es nicht an, sondern auch auf eine zweckmäßige Heizung. Diese thut uns sehr noth; denn die Fabriken, über die man so viel klagt, erzeugen nur einen geringen Bruchtheil des Rauches; die Rauchplage der Großstädte ist in erster Linie auf die Feuerungen der Privathäuser zurückzuführen. Würde in diesen eine zweckmäßigere Heizung Platz greifen, so würde auch die Rauchplage viel kleiner und die winterlichen Rechnungen für Kohlen würden viel geringer werden.

Einsichtige Stadtverwaltungen und erfahrene Techniker haben sich darum Mühe gegeben, die Frage der häuslichen Heizkunst näher zu prüfen, und haben treffliche Rathschläge für Haushaltungsvorstände erlassen. Es ist nun wohl bekannt, daß die Hausfrauen leider die „amtlichen Bekanntschaften“ und Fachblätter nicht zu lesen pflegen, und so werden vielfach die besten Rathschläge nicht befolgt, weil sie den des guten Rathes Bedürftigen unbekannt geblieben sind.

Das ist der Grund, warum wir an dieser Stelle ein Wort über die Kunst des Heizens an deutsche Hausfrauen richten und bei unseren Rathschlägen auf die im Haushalt allgemein gebräuchlichen Ofensysteme uns beschränken.

Bevor man das Feuer anzündet, muß der Ofen zum Heizen vorbereitet werden. Diese Vorbereitung besteht in der Reinigung des Feuerraumes, sowie des Aschekastens von allen Rückständen der vorhergegangenen Heizung. In dieser Hinsicht wird vielfach gefehlt; die Reinigung geschieht nur oberflächlich; man läßt Schlacken auf dem Roste liegen und verstaubt häufig die Flugasche, die sich im hinteren Theile des Feuerungsraumes auf der Eingangsfläche zu den

groß, als daß die besten Vorsätze, sparsam zu sein, vorhalten könnten. Von Sparsamkeit zu reden, hat gar keinen Sinn, wenn das Steuersystem so zu sagen auf Verschwendung berechnet ist. Weiß man erst, daß das Geld da ist und daß es — so oder so — ausgegeben wird, so ist es selbstverständlich, daß jeder, der vom Staate etwas erwartet, das Bedürfnis fühlt, mit aus der Schüssel zu essen.

Ganz anders liegt die Sache, wenn der Steuerzahler weiß, daß, sobald neue Ausgaben vermieden, die Anforderungen an seine Steuerleistung geringer werden. Ist es also dem Finanzminister mit einer gesunden, sparsamen Finanzverwaltung Ernst, so muß er dahin wirken, daß die Steuern, deren Erträge ohne weiteres erhöht oder vermindert werden können, d. h. die Personalsteuern nur nach Maßgabe des gesetzlich festgestellten Bedürfnisses erhoben werden; mit anderen Worten, er muß die Personalsteuern beweglich machen oder, wie der technische Ausdruck lautet, sie quotifiziren. Alle anderen Aushufsmittel, mögen sie organischer Natur sein oder nicht, werden sich auf die Dauer als wirkungslos erweisen. Nach den bisherigen Erfahrungen aber fürchten wir, daß Herr Dr. Miquel den allein zum Ziele führenden Weg nicht einschlagen wird. Bei der Reform der Einkommensteuer im Jahre 1891 hätte er die beste Gelegenheit dazu gehabt, er hat sie nicht benutzt. Die große Steuerreform, mit der der Landtag jetzt beschäftigt ist, bietet eine neue Gelegenheit; aber Herr Miquel denkt offenbar gar nicht daran, die Quotifizirung der Einkommen- und der Vermögenssteuer in Vorschlag zu bringen. Und deshalb sehen wir seinen neuen Vorschlägen mit Mißtrauen entgegen.

**Bis jetzt ist der Finanzminister der Parole: Steuerermehrung, nicht derjenigen: Steuerreform gefolgt, und wir fürchten, in Zukunft wird es auch so sein.**

**Die Debatte über die Nothstandsinterpellation** ist also auch gestern noch nicht zum Abschluß gekommen, wenigstens das Thema im Grunde schon durch die vorgestrigen Reden erschöpft war. Abg. Dr. Barth meinte gestern, die Auffassung des Ministers v. Berlepsch, daß die Bergleute an der Saar lediglich durch die Agitation des Rechtsschutzvereins, der seine Stellung bedroht fühle, zum Ausstand veranlaßt worden, sei nicht recht verständlich. Wenn die Bergarbeiter nicht Grund zu Klagen hätten, wäre der Strike unmöglich gewesen; das Verhältnis der Beamten der Bergverwaltung zu den Bergarbeitern sei offenbar nicht das rechte. Seine allgemeinen Ausführungen über Schuttpolitik und Staatssozialismus riefen den konservativen Grafen v. Arnitz auf den Plan, der den Klagen über Arbeitslosigkeit die Klagen der Agrarier über Mangel an Arbeitern gegenüberstellte und im übrigen, soweit es sich um den Ausstand im Saargebiet handelt, ganz in die Rede des Herrn v. Stumm einhieb. Daß Geh. Bergrath Pfähler, der nationalliberale Abgeordnete, keine sachlichen Gründe für den Ausstand ausfindig machen konnte, wird niemanden überraschen. Leider war, wie man unschreibt, seine Rede nahezu unverständlich; von der Tribüne aus sah man wohl, daß der Herr Abgeordnete sprach, aber was, blieb bei der herrschenden Unruhe ein Geheimniß. Endlich kam der Abg. Auer, der „lachende Dritte“, mit einer nicht enden wollenden Rede, in der er die Unschuld der Socialdemokraten an dem Strike behauptete und meinte, der Minister stelle das Vorhandensein eines Nothstandes in Abrede, weil der Nothstand noch nicht

Jügen angesammelt hat, zu entfernen. Die Defen brennen oft schlecht, weil der Feuerungsraum durch nachlässige Dienstmädchen oder unerfahrene Frauen verunreinigt wird.

Was das Brennmaterial anbelangt, so ist vor Allem darauf zu achten, daß es trocken in den Ofen gelangt. Es ist ein weitverbreiteter Irrthum, daß die Kohlen besser brennen, wenn man sie naß in den Ofen bringt. Sie brennen nicht eher an, bis sie einen gewissen Hitzeegrad erreicht haben, und dieser kann nicht erreicht werden, bevor das Wasser auf den Kohlen nicht verdampft ist. Naße Kohlen brennen darum schwieriger an und erzeugen mehr Dampf und Qualm.

Was die Zertheilung des Brennmaterials anbelangt, so ist im allgemeinen diejenige Sorte zu empfehlen, in welcher die einzelnen Stücke etwa die Größe eines Hühnerreis besitzen. Das Holz, das man zum Anbrennen der Kohlen braucht, muß gleichfalls gut ausgetrocknet und zerkleinert sein. Es empfiehlt sich darum, die Zerkleinerung schon Tags zuvor vorzunehmen.

Nach dieser Vorbereitung können wir zu dem wichtigen Akt des Feueranzündens schreiten. Hierin wird am häufigsten gefehlt. Für unsere Hausfrauen, bei denen der Fabrikant keine besonderen Vorschriften giebt, also für die Thon- und Kachel- und gewöhnlichen eisernen Defen, bewährt sich am besten die vom Chemnitz Stadt-rath gegebene Anweisung. Man füllt zuerst den hinteren Theil des Feuerungsraumes, etwa zwei Drittel des ganzen, mit Kohlen, das vordere Drittel läßt man von Kohlen frei und legt auf dieses zunächst geballtes Papier, darauf gut getrocknetes und zerkleinertes Holz und auf dieses einige Kohlen. Nun zündet man das Papier an und schließt die Ofenthür. War das Holz gut getrocknet und entsprechend zerkleinert, so wird das Feuer sicher fangen und allmählich werden die sämtlichen Kohlen in Brand gerathen.

Unsere Aufgabe besteht nun in zweckmäßigem Unterhalten des Feuers. Wir haben dabei auf Verschiedenes zu achten. Was die Luftführung anbelangt, so soll dieselbe, sobald sämtliche

bis in die Ministerhotels vorgebrungen se. Schließlich erklärte er es für unanständig, daß Herr v. Berlepsch Schlüsse aus der Thatsache gezogen habe, Mitglieder des Vorstandes des Rechtsschutzvereins seien wegen Unterschlagung von Bereinsgelbern verhaftet worden. Die Sache sei schon seit zwei Jahren in der Schwebe, weil sie noch nicht aufgeklärt sei. Die Anklage wegen Unterschlagung wird deshalb nicht besser. Auf-fallend war immerhin, daß Minister v. Berlepsch über die Vorgänge, wie er selbst eingestand, gesprochen hatte, ohne den Sachverhalt zu kennen.

### Das neue Landtagswahlgesetz.

Die Verhandlung des Abgeordnetenhaus über die Novelle zum Wahlgesetz, die auch noch nicht abgeschlossen ist, hat im wesentlichen nur gezeigt, was man schon wußte, daß auch diejenigen Parteien, die im großen und ganzen mit dem Eulenburg'schen Vorschlage einverstanden sind, im einzelnen vielfache Abänderungen wünschen — vielleicht mit einziger Ausnahme der Deutsch-conservativen. Auch die indirecten Steuern bei der Bildung der Abtheilungen anzurechnen, wie der Abg. Richter vorschlug, fand, von dem Abgeordneten Bachem abgesehen, keinen Anklang. Daß die Aufgabe, eine Vertheidigung über das Gesetz herbeizuführen, keine leichte sein wird, liegt auf der Hand. Aber da die Mehrheit die Steuerreform will, so wird sich schon ein Weg finden.

### Dem Bergarbeiterstrike.

Da das Verbot, auf der Hobersburg eine Versammlung für Dortmund und dessen Umgegend abzuhalten, wegen des kurzen Zeitraumes wenig bekannt geworden war, kamen gestern Nachmittag etwa 3000 Bergleute mit der Eisenbahn und zu Fuß nach der Hobersburg gezogen. In Folge der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, kehrte die Menge unter Hurrahrufen nach der Stadt zurück und zog auf den Steinplatz, auf welchem sie sich ebenso wie auf den umliegenden Straßen festzusetzen suchte. Die Polizei schritt wiederholt ein und veranlaßte die Menge auseinanderzugehen. Einzelne Personen wurden verhaftet. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe ist eine starke Polizeimacht aufgebotten.

In der vorgestern in Bildstock abgehaltenen Versammlung des Rechtsschutzvereins, welche von etwa 8000 Personen besucht war, waren die Redner im allgemeinen bestrebt, die Versammlung zum Ausscharen und zum Festhalten am Strike aufzumuntern; die vielen Abkehrscheine würden die treuen Kameraden nicht entmutigen. Mehrere Redner, unter ihnen Mohr und Schlegel, empfahlen, wenn die Abkehrscheine noch weiter, wie bisher, verabfolgt würden, so sollten die Betroffenen auswandern und der Gemeinde ihre Familienangehörigen zum Unterhalt überlassen. Wo solle denn das hinaus? Was solle denn aus den abgelegenen Bergleuten werden? (Rufe: Räuberbanden.)

Morgen findet Nachmittag um 3 Uhr wieder eine Generalversammlung für das Saarrevier im Bildstock bergmännischen Saale statt.

### Im Panamaprozesse

wurde gestern mit der Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Fregatten-Capitän Franzst, welcher mit der Ueberwagung des Personals der Panamagellschaft beauftragt war, erklärte, er habe öfters beobachtet, das Cesspots mit Schwierigkeiten bei dem Unternehmen zu kämpfen hatte. Im weiteren Verlaufe brachte ein als Zeuge ver-

Kohlen in Brand gerathen sind, möglichst von unten durch die Aschenraumthür erfolgen. Streicht zu viel Luft durch den Feuerraum, so wird in Folge des starken Zuges die Verbrennung unvollständig; die kalte Luft kühlt die Flamme ab; diese rußt, und der Ruß, die unverbrannte Kohle, fliegt zum Schornstein fort. Tritt dagegen die Luft vornehmlich durch den Aschenraum zum Feuer, so wird sie durch diesen sowie den heißen Rost vorgewärmt und die Verbrennung der Kohle wird vollständiger. Auf diese Weise heizt man billiger. Je mehr das Feuer niederbrennt, desto weniger Luftzufuhr ist nöthig und dementsprechend sind die vorhandenen Thüröffnungen zu schließen. Außerdem müssen wir uns aber während des Brennprozesses auch mit den Kohlen befassen. Der Schürhaken muß in sein Recht treten. Sind sämtliche Kohlen in Brand gerathen, so sind die glühenden gleichmäßig auf dem Roste auszubreiten. Von Zeit zu Zeit muß man sich überzeugen, ob das Feuer gut brennt. Dies ist der Fall, wenn im Aschenraum ein gleichmäßiger rother Schein verbreitet ist. Ist aber das Feuer nicht gleichmäßig entwickelt, giebt es hier glühende, dort dunklere Massen, sind einzelne Kohlenstücke zu Klumpen zusammengebacken, so müssen wir durch Zerklünnern der Massen, durch Schüren die Heizung wieder in Ordnung bringen. Ein besonderer Feind der Feuerung sind die Schlacken, sie beeinträchtigen den Brennprozeß und sie sind darum zu entfernen, noch während das Feuer unterhalten wird; auch dadurch spart man Brennmaterial. Der Ofen will bedient werden, aber nicht zu oft und nicht zu lange. Wird die Ofenthür zu oft aufgemacht und zu lange offen gehalten, so wird dadurch der Heizungsprozeß ungünstig beeinflusst.

Wir kommen jetzt zu einem sehr wichtiger Punkte, zum Nachlegen der Kohlen während der Heizens. Viele, wenn nicht die meisten Menschen pflegen die frischen Kohlen auf die glühenden zu werfen, und das ist gerade grundfalsch; dadurch wird eine Masse Rauch, Ruß und Kohlenoxyd erzeugt, alles Producte unvollständiger Verbrennung die zum Schornstein hinausfliegen. Ein mech-

nommener Panama-Aktionär eine lange Reihe von Anklagen gegen die Gesellschaft, gegen die Presse und gegen die Parlamentsmitglieder vor, welche das Publikum getäuscht hätten. Der Präsident unterlag schließlich dem Zeugen, damit fortzuführen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde der Vorstand der Buchhalterei der Panamagesellschaft, Hieronymus, über die Bons ohne Namen vernommen. Hieronymus erklärte trotz der Vorhaltungen des Präsidenten und des Staatsanwaltes, die Namen der Empfänger dieser Bons nicht angeben zu können. Nach dem Verhör zweier anderer Beamten der Panamagesellschaft, welche ausfragten, sie könnten über die auf Inhaber lautenden Bons keine Auskunft geben, wurde der Finanzier Hugo Oberndorfer vernommen. Derselbe erklärte, er habe für seine Beteiligung an dem Syndicat 1600000 Francs und dafür, daß er der Gesellschaft die Zee der Coos-Obligations lieferte, 2 Millionen erhalten.

Die Vorkände der republikanischen Gruppen des Senats haben dem Ministerpräsidenten Ribot gegenüber ihre Beunruhigung ausgesprochen über die Menge von Verleumdungen, welche gegen den Präsidenten Carnot in Umlauf gesetzt seien, und Ribot zugleich ihrer thätigsten Unterstützung verpflichtet, um diesen Bestrebungen ein Ziel zu setzen.

Wie verlautet, ist die gerichtliche Untersuchung wider Balfout nahezu beendet. Es heißt, der Prozeß gegen Balfout würde als ein besonderer Prozeß und noch vor dem Prozeß gegen die Verwaltungsräte der Panama-Gesellschaft zur Aburteilung gebracht werden.

#### Rußland und die bulgarische Verfassungsänderung.

Die „Polit. Corresp.“ erfährt aus Konstantinopel, daß sich die angeblichen diplomatischen Schritte Rußlands betreffs der jüngsten bulgarischen Verfassungsänderung auf eine Anfrage über die Auffassung der Pforte beschränken. Die Antwort habe im wesentlichen gelaute, die Pforte sehe die Frage als eine interne Angelegenheit Bulgariens an. Seitdem sei das russische Cabinet auf die Angelegenheit nicht wieder zurückgekommen.

#### Neujahrsempfang in Sofia.

Dem gestrigen Neujahrsempfange am bulgarischen Hof wohnten das diplomatische Corps, die Minister, die Spitzen der Behörden und zahlreiche Gäste bei. Die Glückwünsche Stambulows, des Metropolitens und des Kriegsministers wurden mit Beifall begrüßt. Fürst Ferdinand dankte für den Ausdruck der Gefühle der Ergebenheit und der Zuneigung der Armee und Nation und äußerte, er sei von freudigem Stolze befeelt, die bei seiner Ankunft im Lande kaum vorgesehene Bahn des Fortschrittes und der Autonomie der Regierung nunmehr geebnet zu sehen. Die Reihe der letzten wichtigen Ereignisse habe nicht nur zur Consolidierung und Entwicklung des Landes beigetragen, sondern auch Bulgarien einen ehrenvollen Platz unter den Balkanvölkern angewiesen. Bei den auf allen Seiten erzielten Erfolgen könne man vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

#### Der Islam und Amerika.

Die Kreuzzüge des Mittelalters sollen jetzt in Amerika — allerdings in einer umgekehrten Weise — reproducirt werden. Missionäre des Propheten von Mecca werden versuchen, unter den Amerikanern die Religion Mohammeds zu verbreiten. Herr Alexander Russel, der amerikanische Consul in Manila, hat sein Amt niedergelegt und sammelt jetzt Gelder in Indien zu einem muhamedanischen Kreuzzug in Amerika. Er beabsichtigt islamitische Zeitungen zu gründen und Vorlesungen in verschiedenen Städten der amerikanischen Republik zu geben, sowie eine neue Uebersetzung des Koran zu veröffentlichen.

#### Reichstag.

20. Sitzung vom 13. Januar, 1 Uhr.  
Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Berlepsch. Die Befragung der Nothstands-Interpellation der Abg. Auer und Singer wird fortgesetzt.  
Abg. Barth (freil.): Herr v. Stumm hat gestern die Bergbehörden scharf getadelt und größere Energie, mehr „Schneidigkeit“ von ihr verlangt. Der Begriff der Schneidigkeit ist keineswegs gleichbedeutend mit Festigkeit, sondern erscheint nur als Festigkeit, ist aber in Wirklichkeit Unbefonnenheit. Wenn die Bergbehörde mit Herrn v. Stumm jedem die Entlassung androhte, der nicht nach drei Tagen wieder anfuhr, so wäre das eben Schneidigkeit, aber auch unbedeutend gewesen. Sehr interessant ist es dabei, daß Herr v. Stumm, diese Ordnungssäule, sich den Vorwurf hat gefallen lassen müssen, die Autorität königlich preussischer Behörden untergraben zu haben, und es sollte mich wundern, wenn nicht demnächst im Saarrevier die Socialdemokraten ein Flugblatt erscheinen lassen

mäßiges Nachlegen geschieht auf folgende Weise: Man hebt die glühende Masse im Feuerraum mit dem Schürhaken auf, zerkleinert sie, entfernt etwaige Schlacken und schiebt sie gleichmäßig vertheilt auf den hinteren Theil des Rostes; auf den vorderen frei geliebten legt man frische Kohle nach! In dem die Gase, die von der frischen Kohle entwickelt werden, durch den glühenden Hinterraum streichen, werden sie dermaßen erhitzt, daß die Verbrennung eine möglichst vollständige wird.

Diese Rathschläge bewahren sich bei der überwiegenden Mehrzahl unserer Oefen. In der neuesten Zeit sind besondere Oefensysteme eingeführt worden, bei welchen der Feuerungsraum anders beschaffen ist, die Nachfüllung von selbst erfolgt u. s. w. Allgemein gültige Regeln für die Heizung dieser Oefen lassen sich nicht geben; jedes System erfordert besondere Maßregeln. Denjenigen, die nicht wissen, wie sie mit solchen ihnen noch fremden Oefen umgehen sollen, können wir auch einen sehr guten Rath geben. Sie mögen nicht zu lange auf eigene Faust experimentiren oder Bekannte, die von der Heizkunst vielleicht noch weniger verstehen, um Rath angehen, sondern sich geradewegs an den betreffenden Oefenfabrikanten oder dessen Stellvertreter wenden. Diese Herren wissen genau, wie ihre Sachen behandelt sein wollen, und sie haben auch Interesse daran, daß das Publikum mit ihnen zufrieden ist; denn das bildet die beste Empfehlung für ihre Waare; sie werden darum gern die gewünschte Auskunft geben und haben zum großen Theil derartige Anweisungen zur Oefenbehandlung gedruckt daliegen.

In allen anderen Fällen, bei Thon- und Kachel-, Berliner und deutschen Oefen und auch bei vielen eisernen kommt man mit den oben mitgetheilten Rathschlägen trefflich durch, und die Hausfrauen, die von ihnen Gebrauch machen wollen, werden am Schluß des Winters erfahren, daß die Kunst

mit der Ueberschrift: „Herr v. Stumm als Untergraber der amtlichen Autorität nach dem Zeugniß des preussischen Handelsministers.“ (Unruhe rechts.) Der Strike ist als ein friuoler bezeichnet worden. Aber wenn er ohne äußere erkennbare Gründe ausbricht, dann muß doch etwas in dem Verhältnis zwischen Arbeitern und Behörden nicht in Ordnung sein. Diese großen Massen, die als ganz ruhige, ordnungsliebende Leute geschilbert werden, sind in den Strike eingetreten; auch der unbefonnenste Arbeiter weiß doch, daß ein solcher ihm außerordentlich viel Entbehrungen bringen muß und daß sein Erfolg ein sehr zweifelhafter ist. Nach den eigenen Erklärungen der Herren Minister läßt sich der Punkt herausfinden, wo das Mißverhältnis liegt. Der Strike ist ausgebrochen, sagt Herr v. Bötticher, bevor die Forderungen der Arbeiter formulirt gewesen seien, und Herr v. Berlepsch stellt fest, daß er während seiner Amtsdauer noch keine Beschwerde aus Arbeiterkreisen erhalten habe. Die beiden Thatfachen lassen darauf schließen, daß die Arbeiter über ihre Rechte, ihr Beschwerde- und Coalitionsrecht sich noch durchaus im Unklaren befinden, daß es sich hier so verhält, wie bei den Militärmihandlungen, die in Masse vorkommen und bekannt werden, ohne daß die vorgelegte Behörde eine Beschwerde erhält. Die Organisation des Beschwerderechts ist eben das Mangelhafte und Unzulängliche, und das ist indirect auch ein Vorwurf für diejenige Behörde, der diese Arbeiter unterstellt sind. Man nimmt an, es sei genügend, wenn in patriarchalischer Weise von oben herab das Geben und Treiben gelenkt wird, aber mit diesen alten Mitteln kommt man eben heute nicht mehr aus. Der eigentliche Gegenstand der Interpellation hat ja eine viel breitere Unterlage. Von der einen Seite wird ein schwerer Nothstand als vorhanden anerkannt, von der anderen bestritten. Ueber den Begriff „Nothstand“ ist man also sehr verschiedener Meinung. Seit 1879 ist immerfort im Reichstage von Nothständen die Rede gewesen, vom Nothstand der Brenner, der Handwerker, der Landwirthe u. s. w. Der Nothstand, den die Interpellation im Auge hat, ist ein Nothstand der Arbeiter, hervorgerufen durch Mangel an Arbeitsgelegenheit. Derartige Nothstände sind zu allen Zeiten dagewesen; auch jetzt ist ein solcher vorhanden, aber ich weiß, ob er größer ist, als der im vorigen Jahre vorhandene, weil im vorigen Jahre der Preis der nothwendigen Lebensmittel viel höher war als gegenwärtig. Die Nothstände auf dem Gebiet der Production überhaupt lassen sich größtentheils auf die mangelhafte Ernte des Vorjahres zurückführen. Diesmal war die Ernte relativ vorzüglich, und wir dürfen hoffen, daß im nächsten Jahre die Verhältnisse dementsprechend sich günstiger gestalten werden. Die Frage, wie dem Nothstande entgegen zu treten sei, beantwortet die Interpellation mit dem Hinweis auf ihr Programm, Befestigung der kapitalistischen Privatwirtschaft. Zu ihrer Ueberzeugung werden sie uns damit nicht bekehren; es muß aber doch einmal dieser unwahrscheinliche Vorstoß genauer geprüft werden. In der Praxis ist Ihre Forderung noch niemals durchgeführt worden; wie können Sie nun von uns verlangen, daß wir das lebensgefährliche Experiment machen? Für uns als Politiker genügt diese Erwägung, um uns gegen die wirtschaftlichen Umgestaltungen in der Richtung des Collectivismus zu erklären. Wo man die Durchführung dieses Gedankens in großen Staatsbetrieben vorgenommen hat, sehen wir überall die größten Mißerfolge und Schwierigkeiten, an welchen gerade die Socialdemokratie die größte Kritik übt. Nach dieser Richtung kann ich nicht die geringste Concession machen. Abgesehen von dieser Generalforderung erhebt die Socialdemokratie dann aber auch praktische Forderungen, auf diesem Gebiet folgen wir Ihnen gern. Die Vorschläge sollen aber auch plausibel und durchführbar sein. In gewissem Umfang könnte ja wohl Reich und Staat Arbeiten vornehmen lassen, welche nothwendig sind und ebenso gut heute wie später vorgenommen werden können. Die Differenz entsteht aber dann, wenn man Arbeiten vornehmen läßt, die mehr oder weniger unnötig, die unproductiv sind. Das bedeutet nichts weiter als ungeheure Verschwendungen, und auf derselben Linie liegt der gute Rath des Herrn v. Stumm, möglichst viel Militär, Kanonen, Gewehre und Panzerschiffe zu bewilligen, weil dadurch ein befruchtender goldener Regen sich über das Land ergöße. Wenn es also mit diesem Mittel sehr zweifelhaft aussieht, so steht es nicht besser mit der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit, mit der Einführung des Normalarbeitstages. Nicht zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen, sondern im letzten Stadium zu ihrer Vermehrung würde der achtstündige Arbeitstag führen. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Die Verminderung der Arbeitszeit ohne Erhöhung der Arbeitsleistung kann gar keine andere Folge haben. Was die Arisen anbetrifft, so hat allerdings die Bismarcksche Protectionspolitik hier die schwerste Schuld und verdient die berechtigten Vorwürfe. Der Protectionismus kann und darf nie etwas Anderes sein, als eine Politik zur Erhöhung der Rente zu Ungunsten der Arbeit. Hier liegt ein Grund zu dauernder Unzufriedenheit. Moralisch und physisch entwerthet ist die Wirkung dieser Politik, wie uns jetzt auch der Panamascandal in Frankreich zeigt, der auf dem Mißbeet des Protectionismus erwachsen ist, während der einzige Mann, der erhabenen Hauptes über dieser Futh von Schmutz dastehet, Paul Ceron-Beaulieu, der Führer der französischen Handelspartei, ist. Was die Schutzpolitik noch nicht verdrabt, hat die Finanzpolitik zu Wege gebracht, um die Arisen in Preußen und im Reich zu verewigen. Hat doch Herr Miquel gestern im Abgeordnetenhause mitgetheilt, daß ein Deficit von 58 Millionen vorhanden ist und durch eine Anleihe gedeckt werden muß, während man gleichzeitig jährlich 45 Millionen an Einkommensteuer aufspeichert und großmüthig die Grundsteuer den Herren

des Heizens lohnend ist, daß sie Geld einbringt, indem sie die Ausgaben für Kohlen verringert. Und je mehr Hausfrauen, die noch immer in erster Linie dazu berufen sind, die Flamme des häuslichen Herdes zu hüten, diese Erzeugnisse der Heiztechnik sich aneignen, desto besser wird es um die Allgemeinheit bestellt sein. In den Städten werden wir weniger Rauch und Ruß, weniger Nebel und mehr Sonnenschein haben, und bei dieser sparsameren Heizung werden sich die Ersparnisse jedes einzelnen Haushaltes zu großartigen Zahlen summiren und der knappe Kohlenvorrath im Schooß der Erde wird für ein paar Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende länger reichen.

#### Kunst und Theater.

B. Berlin, 13. Januar. Eine interessante Erscheinung in der diesjährigen Theaterfaison bilden die sogenannten „Volksstämmlichen Vorstellungen“ im Nationaltheater, dem umgelaufenen alten Oflend-Theater in der Frankfurterstraße, von welchem immer scherzhaft behauptet wird, daß es den Frankfurtern näher gelegen, als uns Berlinern, und zwar insofern, als die Eintrittspreise wohl einzig und allein in der Berliner Theatergeschichte dastehen mögen. Diese betragen nämlich u. a. für den 2. Rang 10 Pf., den ersten 40, für einen Platz in der Orchesterloge 75 Pf. und einen solchen in der Fremdenloge endlich 1 Mk. Zu diesen Preisen kann man heute „Maria Stuart“, morgen „Faust“ in Scene gehen sehen, nebenbei bemerkt bei einer Rollenbesetzung, die durchaus nicht zu verachten. Wenn nun die Berliner nicht kläffisch werden, ist denen einfach nicht zu helfen! Frau Franziska Ellenreich, die vor einigen Wochen auf dieser Bühne gastirte, wird allerdings, wenn sie von diesen Wandlungen hört, wenig erbaut sein. Aber man will einen Theaterbesuch unter allen Umständen erzwingen, und die allgemeinen Verhältnisse sind doch so arg trauriger Natur!

Schwerin in Mecklenburg, 13. Januar. Der Baritonist, Kammerfänger Karl Hill, ist gestern hier gestorben.

Agariern überlassen will, dafür aber auch, um auch das Saarpfspiel der Tragödie hinzuzufügen, dem Volke jährlich 30 000 Collierteile mehr zur Verfügung stellt. (Säht, hört! und Heiterkeit links.) Wirtschaftler man so unbefonnen weiter, dann muß doch viel schmerzere Srijen über Deutschland hereinbrechen. In einer solchen Zeit will man nun obenbrein noch Hunderte von Millionen aus demselben Bolke herausziehen für neue Militärlasten! Die bisherige Politik muß von Grund aus geändert werden, dann wird Besserung eintreten, sonst nicht! (Beifall links.)  
Abg. Graf v. Rantz (cons.) hat den Eindruck, daß die Bergverwaltung im Saarrevier den socialistischen Untrieben gegenüber zu große Nachgiebigkeit bewiesen. (Zustimmung rechts.) Die Ausführungen des Ministers v. Berlepsch hätten ihn vom Gegenheil nicht überzeugt. Scharfe Maßregeln seien besonders gegen den Rechtschuhverein zu treffen, dessen Führer Betrüger wären. Der Austritt aus diesem Verein müsse als Bedingung bei der Wiederanlegung der Arbeiter gestellt werden. (Beifall rechts.) Die Zugehörigkeit zu diesem Verein verträge sich nicht mit der Beschäftigung auf königlichen Gruben. (Zustimmung rechts.) Es sei überhaupt ein großes Uebel, mit Strikehänden zu unterhandeln. Er müsse dringend bitten, die schärfste Disciplin in den Bergwerken wachen zu lassen, denn in dieser kritischen Zeit dürfe die Autorität der Behörden nicht geschwächt werden. Was die Arbeitslosigkeit betreffe, so zeige sich dieselbe fast nur in den großen Städten. Sie sei hauptsächlich zurückzuführen auf den Massenzug von ländlichen Arbeitskräften in die Städte. Dieser Entvölkerung des platten Landes würde leider Vorschub geleistet durch die billigen Eisenbahnpreise. Würden die Leute auf dem Lande bleiben, so bräuchten in den Städten keine Arbeitslosenversammlungen und Brodvertheilungen stattzufinden. Redner verbreitet sich des weiteren über die Nothlage der Landwirthschaft und hält den Socialdemokraten vor, daß sie für die Hebung des Bauern- und Handwerkerstandes kein Interesse hätten. Die Entvölkerung des platten Landes und die Ueberfüllung der großen Städte sei die Ursache der Noth. So lange es noch außerhalb der großen Städte dauernde wenn auch weniger hoch bezahlte Arbeit massenhaft gebe, könne er eine Verpflichtung der Regierung zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit nicht anerkennen. (Cebhafter Beifall rechts und im Centrum.)  
Abg. Pfähler (nat.-lib.), königlicher Bergwerks-director in Saarbrücken, ist 1885, seitdem pensionirt und in Wiesbaden lebend, Abgeordneter für Saarbrücken, geht in längerer Ausführung auf die Verhältnisse des Strikegebietes ein. Er legt unter anderem dar, daß man früher unter noch viel ungünstigeren Arbeitsbedingungen und Arbeitsordnungen gearbeitet habe, ohne daß je ein Strike ausgebrochen wäre. Um so friuoler und leichtsinniger sei der diesmal direct vom Saune gebrachte Strike.  
Der Redner hat seine Rede abgelesen; nachdem er geschlossen, macht Präsident v. Csehovow darauf aufmerksam, daß das Ableben von Reden geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig ist.  
Abg. Auer (soc.) ist von der Erklärung des Staatssecretärs v. Bötticher, daß der Reichsregierung ein acuter Nothstand nicht bekannt sei, höchst überrascht. Von den Arbeitern aufgenommenen Arbeitslosenstatistiken hätten ergeben, daß z. B. in S. Anfang d. J. 1367 Arbeitslose (659 Familienväter mit 1752 Kindern) und in Braunschweig 1002 Arbeitslose (632 Familienväter mit zusammen 1710 Kindern) meist in den allertraurigsten Verhältnissen vorhanden waren. Der Nothstand möge allerdings noch nicht bis zu den Ministerhotels vorgegangen sein, aber in den weiten Arbeiterkreisen werde er sehr gefühlt, ebenso in den bürgerlichen wie Kleinverbreitungen und die Berichte der Handelskammern und Fabric-Inspectoren legten dar, daß die Arisen eine allgemeine sei. Gestern habe Herr v. Bötticher gegen die Annahme eines allgemeinen Nothstandes geltend gemacht, daß der Berkehr der Eisenbahn und Post sich gehoben habe. Wie komme es dann, daß kurz vor Weihnachten den Arbeitern in den Eisenbahnverhältnissen vielfach der Lohn gekürzt worden sei? Redner schildert an verschiedenen Beispielen die Noth unter der Arbeiterchaft, um dann auf die Aufforderung des Staatssecretärs v. Bötticher, die Socialdemokraten möchten ihren Einfluß zur Befestigung des Strikes im Saar- und Ruhrrevier geltend machen, zu erwidern: Dazu sind wir nicht im Stande. Wir sind weder verantwortlich für den Ausbruch des Strikes, noch können wir ihn aus der Welt schaffen, obwohl wir ihn mit Ihnen bedauern und für unüberlegt halten. Die betreffenden Abgeordneten, also Herr v. Stumm und Herr Pfähler, mögen ihren Einfluß geltend machen, denn es handelt sich ja um fromme, brave, eiztreue Arbeiter, an die selbst Bischof Rorum einen Hirtenbrief gerichtet hat. Man spreche doch nicht immer von socialdemokratischen Hehern. Was es denn ein Socialdemokrat, welcher die Schienenfisker aufbehalte? Ist der Verfasser der „Judenplinten“, Ahtwart, etwa ein Socialdemokrat? Die Socialdemokratie hat mit dem Strike selbst und dem Rechtschuhverein nichts zu thun. Allerdings mögen im Rechtschuhverein Socialdemokraten sein, auch im Vorstand desselben, aber die Mehrheit des Vereins hat mit der Socialdemokratie nichts zu thun. Der Bergmann Marken hat 1890 als „königstreuer Bergmann“ candidirt und hat sich nie zu unserer Partei bekannt. Der verhaftete Bergmann Schillo ist ausgesprochen ultramontan, und was den Rechtsanwalt Seyden betrifft, so ist derselbe noch in der letzten Zeit Mitglied des kaiserlichen Geburtsfestcomités gewesen und nach seinen Veröffentlichungen zu urtheilen, weiß der Mann vielleicht selbst nicht, wohin er gehört. Und während im Saarrevier die Wähler des Herrn v. Stumm, im Ruhrrevier die Wähler Müllensiefens, in Oberschlesien die Wähler des Grafen Ballestern und seiner Freunde striken, ist das sächsische Kohlenrevier, wo unser Genosse Stolte gewählt ist (Zwickau), vollständig ruhig, für die sächsischen Bergleute lassen wir uns verantwortlich machen, da haben wir Einfluß. Die Führer dieser Bergleute, Strunk und Genossen, haben eine Erklärung erlassen, in welcher ausgeführt wird, daß die sächsischen Bergarbeiter zwar auch Anlaß zu Beschwerden hätten, daß aber vor unüberlegten und überleiteten Schritten dringend gewarnt werden müsse. Diesen Rath geben Socialdemokraten. Der Unterschied liegt in der Erziehung. Sie (rechts) wollen den Arbeiter mit fester Hand regieren, keine selbständige Regung bei ihm aufkommen lassen, wollen ihn zum Sklaven und willenlosen Werkzeug machen, wir dagegen hören den Arbeiter auf und lehren ihn den wirtschaftlichen Zusammenhang kennen; Sie behandeln ihn wie unwissenden Plebs, der, je unwissender er ist, sich um so besser malträiren läßt. Wenn bereits die unter der irdischen und himmlischen Gendarmen stehende Arbeiterchaft revoltirt, dann scheint es doch mit der festen Hand des Herrn v. Stumm nicht weit her und sein System dem Zusammenbruch nahe zu sein, nach dem Wort des Dichters: „Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht“. (Beifall bei den Socialdemokraten.) Die Stumm'sche Drohung, daß die Unternehmer striken oder auswandern würden, läßt uns kalt. Die Prostitution, die Furcht, aus den Arbeitern Mehrerwerb herauszupressen, wird sie daran hindern. Will aber Herr v. Stumm auswandern, nun gut, es geht auch ohne ihn. (Heiterkeit.) Der Strike im Saargebiet, über den Herr v. Stumm seine allerhöchste Entrüstung ausgesprochen, erklärt sich einfach durch die militärisch-bureaokratische Behandlung der Arbeiter und die neue Arbeitsordnung. Die Arbeiter an der Saar wollen sich nicht als bloße Nummern und Ziffern behandeln lassen, und wenn die Verwaltung mit diesem an sich gutartigen Menschenanschlag nicht fertig wird, dann ist das ein Beweis von ganz besonderer Unschicklichkeit. Der Redner kritirt hierauf die einzelnen Paragraphen der neuen Arbeitsordnung, um nachzuweisen, daß durch dieselbe ein Theil der Arbeiter schlechter gestellt werde und die Erzeugung also sehr erklärlich sei. Ich selbst bin dann, fährt Redner fort, überrascht gewesen von der zahlreichen Beteiligung von Bergarbeiterfrauen an der Strikebewegung. Es ist das eine ganz neue und sehr bedeutungsvolle Erscheinung, weil sie beweist, wie sehr die Frauen in die allgemeine Arbeiterbewegung ein-

bezogen werden. Ich habe dann noch dagegen zu protestiren, daß der Herr Handelsminister gestern die verhafteten Führer des Rechtschuhvereins ohne weiteres der Unterdrückung von Vereinsgeltern beschuldigt hat. Es sollte doch unter anständigen Menschen Gebrauch sein, derartige Beschuldigungen so lange zurückzuhalten, bis die Gerichte gesprochen haben. Im Schienenfiskerfall Baare ist hier im Hause ganz dasselbe Verlangen gestellt worden und auch demgemäß verfahren. Was dem Baare Recht ist, ist den Rechtschuhvereinsmitgliedern jedenfalls billig. (Cebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Preussischer Handelsminister v. Berlepsch: Ich beharre dabei, daß es mein Recht war, über die Verhafteten die Ausführungen zu machen, welche ich gestern gemacht habe. Ob die Drei verhaftet sind wegen Sachen, die weiter zurückliegen, weiß ich nicht, ist auch nicht meine Sache. (Abg. Grillenberger: Um so schlimmer! Präsident v. Csehovow: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen, Herr Abgeordneter Grillenberger!) Ich bleibe bei meinem Rechte und die letzten Ausführungen des Abg. Auer werden mich darin nicht irren machen.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich habe keineswegs den Nothstand als solchen gezeugnet, sondern nur erklärt, daß er nicht der Art sei, um außerordentliche Maßregeln nothwendig zu machen. Es entspricht also der Wahrheit nicht, wenn behauptet wird, ich habe den Nothstand gezeugnet. Ich habe sogar erklärt, daß von Rechts wegen darauf hingewirkt werde, den Communen entsprechendenfalls zu Hilfe zu kommen. Die Bemerkung, daß der Nothstand nicht zu den Ministersejeln vorgegangen sei, hätte sich der Abg. Auer ersparen können.

Die weitere Verhandlung wird um 5½ Uhr auf Sonnabend 1 Uhr vertagt.

#### Deutschland.

\* Berlin, 13. Jan. Dem hiesigen Magistrat ist folgendes Handschreiben der Kaiserin zugegangen:

„Ich sage dem Magistrat aufrichtigen Dank für die zum neuen Jahre mir dargebrachten Wünsche sowie für die herzliche Theilnahme, mit welcher er das Glück und den Segen begleitet, welche Gottes Güte auch im vergangenen Jahre meiner Familie und mir in reichem Maße beschert hat. Wenn der Magistrat meiner Bestrebungen für die kirchlichen Zustände Berlins und für die Pflege der Armen und der Kranken in freundlicher Weise gedenkt, so weiß ich, daß ich nächst Gott, die Erfolge der regen Unterführung der Behörden und besonders der treuen hingebenden Mitarbeiter vieler Berliner Bürger und Frauen aus allen Kreisen verdanke. Mit freudiger und fester Zuversicht rechne ich weiter auf diese Hilfe. Noch ist die Noth groß. Ein schöner Anfang ist gemacht. Jetzt kann es der vereinten Kraft der zuständigen Behörden und unserer Mitbürger gelingen, in wenigen Jahren die traurigen kirchlichen Zustände Berlins zu beströben, überall kleine lebensfähige Gemeinden zu begründen, welche sich nicht nur in der Kirche um Gottes Wort sammeln, sondern bei denen sich namentlich auch durch die Errichtung von Gemeinde- und Pfarrhäusern die werththätige Liebesarbeit entfalten kann. Trost, Hilfe und Veröbning in den Kampf und Streit der Welt hinaustragend, ein Sammelplatz aller dankbaren und opferfreudigen Herzen, ein Hort und eine Zuflucht der Festreuen und der Mühseligen und Beladenen.“

Berlin, 10. Januar 1883.  
(ge.) Auguste Victoria, Kaiserin und Königin.“

Berlin, 13. Januar. Die Budgetcommission des Reichstages genehmigte in längerer Verhandlung die Stats für Kamerun und Togo. Die Berathung der Statsposten für das südwestafrikanische Schutzgebiet, bei welcher Gelegenheit Abg. Hammacher (nat.-lib.) die Damaraland-Concession zur Sprache brachte, wird morgen fortgesetzt werden.

\* [Commissarien für Chicago.] Im nächstjährigen preussischen Etat sind nicht weniger als insgesamt 135 000 Mk. zur Entsendung von Commissarien der einzelnen staatlichen Verwaltungen zur Weltausstellung in Chicago ausgeworfen. Und zwar entfallen davon 12 000 Mk. auf die Bauverwaltung, 18 000 Mk. auf die Eisenbahnverwaltung und je 33 000 Mk. auf Cultus- und Handelsministerium. Vom letzteren werden 11 Commissare nach Chicago entsandt werden. Den größten Posten mit 39 000 Mk. beanprucht das Landwirtschaftsministerium. Von diesem wird für die Hauptzweige der Land- und Forstwirtschaft, also Ackerbau, Pferdejudt, Rindvieh-, Schaf- und Schweinezucht, See- und Süßwasserfischerei und Fischjudt, landwirthschaftliche Geräthe und Maschinenwesen, Garten-, Obst- und Weinbau, landwirthschaftliches Verjudt- und Unterrichtswesen, landwirthschaftliche Verwaltung und Handel und Verkehr in landwirthschaftlichen Producten, Forstwirtschaft und Verwerthung forstlicher Producte, sowie die landwirthschaftlichen technischen Nebengewerbe, je ein besonderer Berichterstatter nach Chicago geschickt werden.

\* [Wohlfühlstempelsteuer.] Amtlicher Nachweisung zufolge hat die Einnahme des deutschen Reiches an Wohlfühlstempelsteuer für die Zeit vom 1. April bis 31. December 1892 5 917 532 Mk. oder 239 975 70 Mk. weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen.

\* [Die Reichscommission für Arbeitsstatistik] ist zum 3. Februar wieder einberufen. Auf der Tagesordnung stehen das Ergebnis der Erhebungen über das Bäckergewerbe und Initiativanträge, u. a. der Antrag Hirsch betreffend Ausdehnung der Erhebungen auf die Hausindustrie. Sigmaringen, 13. Januar. Gestern fand großer Hofball statt, dem auch der König von Rumänien und das neuvermählte Paar bewohnten.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Januar. In einer hier abgehaltenen Konferenz der socialdemokratischen Vertrauensmänner wurde erklärt, daß die Beschluß des Berliner Parteitagcs bezüglich der Einschränkung der Maiseier für Oesterreich nicht maßgebend seien. Es wurde beschloffen, die Maiseier wie früher zu begehen und den internationalen Socialistencongress in Jürich zu beschicken. (W. I.)

#### Schweiz.

Basel, 13. Januar. Das hiesige Civil-Gericht hat in dem Prozeße, welchen v. Kempen, einer der bei dem Mönchensteiner Eisenbahngesellschaft Geschädigten, gegen die Sur- Simplon-Eisenbahn angehängt hat, letztere zur Zahlung einer einmaligen Entschädigung von 10 000 Franken, ferner einer jährlichen Rente von 4000 Franken und der Prozeßkosten verurtheilt. Die Gesamtforderung des Geschädigten hatte 85 000 Franken betragen. (W. I.)

#### Frankreich.

Paris, 13. Januar. Der Senat verhandelt heute über einen von Tolain eingebrachten Antrag, in welchem verlangt wird, daß die Directoren der Gruben und Eisenbahnen in Zukunft vom Staate ernannt werden sollen. Nachher der Minister der öffentlichen Arbeiten im Laufe der Verhandlungen erklärt hatte, die Regierung würde eine bezügliche Vorlage einbringen, zog Tolain seinerseits den Antrag zurück. (W. I.)

#### England.

Manchester, 12. Januar. Die heute stattgehabte Konferenz von Arbeitgebern mit den Delegirten der strikenden Spinner blieb erfolglos, da



# Griechische Weine

der deutschen Weinbau-Gesellschaft „Achaia“ in Patras, laut kriegsministeriellem Erlaß vom 1. Januar 1887 (Armee-Berordnungs-Blatt pr. 1887 Nr. 5) in den Lagenreihen eingeführt als Ersatz für Portwein resp. schwere Ungarweine, empfiehlt für Recon- valescenten sowohl, als auch als Frühstücks- und Dessertweine zum Preise von 1,90—6,00 pro Flasche (2237)

A. Ulrich, Danzig, Brobbänkgasse 18.

## Bekanntmachung.

Ueber das Vermögen der Frau Kaufmann Martha Schwabe in Marienburg, Inhaberin der Firma S. A. Schwabe ist am 12. Januar 1893, Nachmittags 5 1/2 Uhr, der Concurs eröffnet. Concursverwalter Rechtsanwalt Nag in Marienburg. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis zum 1. März 1893. Anmeldefrist 1. März 1893. Allgemeiner Prüfungstermin 11. März 1893, Nachmittags 10 Uhr. Termin zur Beschlußfassung über die Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses (erste Gläubiger-Versammlung) 11. Februar 1893, Vormittags 10 Uhr. (2690)

Marienburg, 12. Januar 1893. Summ.

## Bekanntmachung.

Die Stelle des Syndikus unserer Stadt wird in nächster Zeit vorzugsweise frei und soll neu besetzt werden. Das Gehalt der Stelle beträgt 3.4200 M. und steigt in 3-4 Jahren um je 300 M. bis zum Höchstbetrage von 5100 M. Bewerber, welche die Prüfung als Gerichtsassessor bestanden haben, wollen ihre Bewerbungen nebst etwaigen Zeugnissen und einem kurzen Lebenslauf bei uns bis zum 15. Februar d. J. einreichen. (2701)

Thorn, den 10. Januar 1893. Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Die auf der Gübseite des Hafens in Neufahrwasser beleg. Lagerplätze Nr. XI, XII, XIII, und XV sollen vom 1. April 1893 ab meistbietend vermiethet werden, wozu wir einen Termin auf Mittwoch den 15. Februar 1893 Nachmittags 11 Uhr in unserem Amtsgebäude auf Bahnhof Danzig l. Th. anberaumen haben. Schriftliche Angebote sind mit der Aufschrift „Vermiethung von Lagerplätzen“ versehen bis dahin spätestens an uns einzuenden. Bedingungen können bei uns, bei den Vorsteher-Aemtern der Kaufmannschaft in Königsberg, Danzig, Stettin und Hamburg, sowie dem Bahnhof-Vorstande und der Güterabfertigungsstelle in Neufahrwasser eingesehen oder gegen eine Schreibgebühr von 50 P von uns bezogen werden. Danzig, den 7. Januar 1893. Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amt.

## Deffentlicher Vortrag

Das Kommen Christi zu Seiner Kirche als Bräutigam und die nothwendigen Mittel zur Vorbereitung darauf. Erläutert an d. Gleichniß Matth. 25. Schwarzes Meer 26 (im auf geheizten Saal) Sonntag, den 15. Januar, Abends 7 Uhr. Eintritt frei! Dr. phil. Joh. Flegel. NB. Der nächste Vortrag, Donnerstag, Abends 8 Uhr.

## Loose:

Aelter Dombau-Lotterie a 3 M., Ruhmeshalle-Gürtel a 1 M., Welefer Geld-Lotterie a 3 M., Dani. Silber-Lotterie a 1 M., zu haben in der Exped. der Danziger Zeitung. Loose zur Ruhmeshallen-Lotterie a 1 M., Loose zur Treptower Silber-Lotterie a 1 M., zu haben bei Th. Bertling. Leçons de français-Conversation, Correspondance, Grammaire. S'adresser à J. de Fontelive, Holzmarkt 10, 12 b. 2 Uhr.

## Unterjuchungen

von Hustenanswurf (Sputum); Harn auf Zucker, Eiweiß, Bakterien u. l. w.; Nahrungs- und Genussmittel werden gewissenhaft ausgeführt. (2238) Danzig, Langgasse 73. Bakteriolog. chem. Laboratorium. M. Gonnermann, Apothek.-Chemiker. Vorzüglich gut geröstete ff. marinirte Weichsel-Kennungen in 1/2, 1/2 und 1/4 Schokaffären und eleganten Blechdosen verpackt sowie im Einzelverkauf empfiehlt und versendet zum billigsten Preise Alexander Heilmann, Scheibenergasse 9. Neuschäteller Käse. Einen großen Posten Neuschäteller Käse, etwas weich, empfiehlt sehr billig (2721) M. Wenzel, Breitgasse 38. Chimborasso, ein außerordentlich magenfördernder Ciqueur von sehr angenehmem Geschmack. Mt. 1,25 mit Flasche (2292) offerirt Julius v. Götzen, Hundegasse 105.

## Herzliche Bitte

an die Bewohner Danzigs und der Provinz Westpreußen um hilfsbereite Theilnahme an einem Bazar für unser Diakonissen-Krankenhaus, welcher am 5. und 6. Februar im Franziskaner-Kloster stattfinden soll. Eine Stätte von Leid und Noth, von treuer Arbeit und Barmherzigkeit bedarf das Diakonissen-Krankenhaus, welches Leidende ohne Unterlass und Confession aufnimmt, der Unterführung der ganzen Provinz, um kein Wachen nach innen und außen zu fördern. Beiträge an Geld und Gaben, f. S. besonders an Lebensmitteln erbitten die Unterzeichneten; Coole a 50 P zu der, an den Bazar sich anschließenden Lotterie, sind bei den Vorstehenden zu haben. Danzig, den 10. Januar 1893.

## Frau von Gohler.

Frl. Auernhammer, Johannisgasse 37. Fr. Baumbach, Castabie 35b. Fr. Berent, Schäferi 19. Fr. Bergmann, Brobbänkgasse 16. Fr. Bestmann, Castabie 3/4. Fr. Birbaum, Neugarten 35. Fr. Bischoff, Schmiedegasse 31. Fr. Blech, Katharinen-Kirchplatz 2. Fr. Blech, Mehrgasse 13. Fr. Bernicke, Hundegasse 61. Fr. Boie, Heil. Leichnam-Kirchhof. Fr. Böhme, Castabie 35a. Fr. Brandt, Langenmarkt 14. Fr. Bresler, Heil. Leichnam 4. Fr. Brindmann, Jopengasse 18. Fr. Claassen, Langgarten 16. Fr. Damme, Dorf. Graben 39. Fr. Damus, Burgstraße 20. Fr. Deckmann, Dorf. Graben 49. Fr. Döhning, Neugarten 22b. Fr. Dürge, Jopengasse 3. Fr. Doerge, Milchhannengasse 27. Fr. Faust, Langer Markt 33. Fr. A. Fischer, Jopengasse 48. Fr. G. Fischer, Bergergasse 5. Fr. Franke, Heil. Geistsgasse 95. Fr. Goh, Brobbänkgasse 24. Fr. Guchs, Brobbänkgasse 40. Fr. Goh, Barbara-Kirchhof. Fr. M. Gubione, Dorf. Graben 54. Fr. Gubione, Wollweberggasse. Fr. von Graber, Halbe Allee. Fr. Hagemann, Langgarten 39. Fr. Gr. Haugwitz, Kaiserliche Werft. Fr. von Heister, Langgarten 47. Fr. von Henning, Altit. Graben 7/8. Fr. Hildebrandt, Krebsmarkt 6. Fr. Heidfeld, Hundegasse 25. Fr. Hoffmann, Milchhannengasse 33/34. Frl. Hoffmann, Langgarten 21. Fr. Hoppe, Johannisgasse 33. Frl. Neugarten (Condeshaus). Fr. Jorch, Milchhannengasse 37. Fr. Jünke, Jopengasse 11. Fr. Kahner, Schießtange 5c. Frl. Karmann, Langgarten 31. Fr. Kahle, Schwarzes Meer 10. Fr. Kolbe, Neugarten 6. Frl. Kolbe, Langgarten 110. Fr. Krehmann, Winterplatz 11. Fr. Kohn, Dorf. Graben 40. Fr. Koch, Ketterhagergasse. Fr. Kozlowski, Neugarten 22b. Fr. Kemper, Heil. Geistsgasse 35. Fr. Kuhn, Langgasse 15. Fr. Kühne, Schwarzes Meer 9. Fr. Kundi, Paradiesgasse 35. Fr. Laubmeyer, Weiden-gasse 2. Excellenz Cente, Breitgasse. Fr. Leidig, Pfefferlabt 1. Fr. Penyer, Fr. Leopold, Langgasse 31. Fr. Cippert, Schlegel-gasse 11. Fr. Maurach, Weidengasse 35. Frl. Mannhardt, Bogenspuhl 77. Frl. B. Meyer, Jopengasse 58. Frl. B. Meyer, Heil. Leichnam 2. Fr. Brä. Meyer, Castabie 35. Fr. Reg. Kath Meyer, Ankerhörniedegasse 11a. Fr. Meiler, Dorf. Graben 41. Fr. v. Müllern, Langfuhr 9a. Fr. v. Nissen, Langgasse 28. Fr. Nisbet, Hundegasse 54. Fr. Oftermeyer, Al. Mühlengasse. Fr. Otto, Hundegasse 123. Fr. v. Paludick, Fr. Beishow, Steindamm Nr. 25. Fr. Poshmann, Brobbänkgasse Nr. 37. Fr. von Pusch, Schwarzes Meer 10. Fr. Veribach, Jopengasse 54. Fr. Vincus, Langgasse 38. Fr. Bimho, Langenmarkt 29. Fr. Rathlev, Castabie 35. Fr. Köfing, Löpfergasse. Fr. Rohrer, Brobbänkgasse 14. Fr. Sauerhering, Jopengasse 69. Fr. Scheele, Hundegasse 63. Fr. Schroth, Heil. Geistsgasse 83. Fr. Reg. Kath Schulze, Joppot. Fr. Schulze, Bartholomäi-Kirchplatz 2. Fr. Schuler, Fieidhergasse 62/63. Fr. Steffens, Jähkenthaler Weg. Fr. Schröder, Weidengasse 2. Fr. Stengel, Bartholomäi-Kirchplatz 1. Fr. Scheinert, Langgasse 20. Fr. Schnaale, 3. Damm 7. Fr. Stard, Brobbänkgasse 29. Fr. Stremlo, Pfefferlabt 36. Fr. Oberin v. Stülpnagel, Diakonissenhaus. Fr. Seifner, Jopengasse 68. Fr. v. Töpfl, Brobbänkgasse 14. Fr. Triepke, Sandgrube 68. Fr. v. Trzebiatowski, Langgarten, Commandantur. Fr. Ulrich, Castabie 35 b. Bötker, Jopengasse 67. Fr. Weinig, Frauensgasse 51. Fr. Wanfried, Hundegasse 54. Fr. v. Waldow, Halbe Allee. Fr. Wenzel, Hundegasse 89. Fr. Wessel, Krebsmarkt 1. Fr. Wittig, Holzschneidegasse. Fr. Wiebe, Poggen-pluhl 17. Fr. n. Woedike, Castabie 35. (2676)

## A. W. Kafemann, Danzig.

Evangelisches Gesangbuch für Ost- und Westpreußen mit dem Anhang, die Evangelien, Episteln und Liturgie enthaltend. (Verlag von A. W. Kafemann, Danzig) in den einfachsten und elegantesten Einbänden stets vorräthig. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

## Münchener Kindl-Bräu

heute frisch eingetroffen, alle acht Tage frische Sendung. Aleine und große Fässer, coulante Berechnung, in Flaschen 18 für Mark 3. Die alleinige Niederlage Langgasse Nr. 45, Mahkhaufgassen-Ecke, und für en gros Brobbänkgasse Nr. 36. Georg Möller.

## Mein Cigarrengeschäft

befindet sich jetzt Postgasse Nr. 1. G. HOFFMANN.

## Ball- und Gesellschafts-Handschuhe

in dänischer Leder, vorzügliche neue Farbe, sowie alle anderen Sorten Handschuhe zu billigen Preisen. Cravattes in großer Auswahl empfiehlt A. Herrmann, Nr. 2 Mahkhaufgasse Nr. 2.

## 2 Stück schöne liegende, fast neue Gasmotore

von 3 und 6 Pferdestärken, hat zu billigen Preisen, unter Garantie für absolut guten fehlerfreien Gang abzugeben (2678) Ernst A. Kunze, Ceipis-Neustadt.

## Auf den im Königreich A. Polen, Gov. Siedlee, Kreis Sokolow, an dem schiffbaren Flusse Bug sowie an der Chaussee gelegenen Landgütern Skrzyszew, 2 Meilen von der Eisenbahnstation Sokolow entfernt, sind zu verkaufen 5500 Stück altes Fichten- und Eichenholz, sowie auch 153 Morgen Wald überwiegend Eichen- u. Fichten-Bauholz. Adresse: Güterverwaltung Skrzyszew, Poststation Sokolow Gov. Siedlee in Russisch Polen.

## Friedrich Wilhelm-Schützenhaus,

heute Sonnabend, den 14. Januar 1893: Erster großer Elite-Maskenball im Wintergarten. Prachtvolle Ausstattung und Beleuchtung der Festräume. Ballmusik ausgeführt von der Capelle des Grenadier-Regiments König Friedrich I unter Leitung des Königl. Musik-Dirigenten Herrn C. Ekeil. Der Eintritt ist nur in Masken oder Balltoilette gestattet. Eintrittskarten sind im Vorverkauf für Zuschauer a M 2.— für Masken a M 1.50 in der Cigarrenhandlung des Herrn W. Otto, Mahkhaufgasse, zu haben, an der Abendkasse erhöhte Preise. Game Logen sind am Buffet des Etablissements zu bestellen. In den bekannten Maschinenverleih-Instituten sind bei Entnahme von Costumen Eintrittskarten gratis zu haben. Einlaß 8 Uhr. Anfang des Balles 9 Uhr. Carl Rodenburg, Königl. Hoflieferant. (2514)

## Preis 1 Mark.

Goeben erschien im Verlage des Unterzeichneten als Gesamt-Ausgabe: Antisemiten-Spiegel.

Die Antisemiten im Lichte des Christenthums, des Rechtes und der Moral. 25 Bogen. Preis 1 Mark, 10 Exemplare 9.— Mark, in Partien: 100 " " 87.50 " " 200 " " 175.— " " 500 " " 425.— " " 1000 " " 800.— " excl. Porto.

Von der obigen Schrift waren bisher drei Lieferungen erschienen. Die anderen Lieferungen, Fortsetzung und Schluss, liegen in dem jetzt abgeschlossenen 25 Bogen starken Werke vor, in welchem auch die bisherigen Lieferungen in vollständiger Umarbeitung enthalten sind. Die Schrift bietet reiches Material über die antisemitische Bewegung und enthält zugleich umfassende Widerlegungen der Behauptungen und Verdächtigungen der antisemitischen Agitatoren. Die Schrift ist ein unentbehrliches Handbuch für Jeden, der sich über diese wichtige Lagesfrage aufklären und die Irrthümer der Antisemiten widerlegen will. Ein vollständiges Sachregister erleichtert die Benützung des Buches. Verlagsbuchhandlung von A. W. Kafemann in Danzig. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

## Borräthig bei A. Trosien, Petersilienengasse 6.

10 Bändchen aus Reclams Universalbibliothek für M 1.50. 10 Bändchen Theatre francais für M 1. 6 Bändchen Operntexte für M 1. Romane in englischer Sprache von Bulwer, Wetherell ic. a M 1. Anger, populäre Vorträge über Astronomie a M 1. Bresler, 9 Predigten 50 P, 3 Predigten 25 P. F. Indefien, Grundriß der handelswissenschaftl. M. Sommerfeld, die Heilung der Lungenentzündung nach Kochs Heilverfahren 30 P. Schuhmacher, Jaharhis Zappio, Liebe und Leben eines Danziger Bürgers 50 P, M 1. Bäcker, Cubik-Labelen für Rundholz 75 P, für Latten 75 P. Gelesene Journale, Gartenlaube ic. zu billigen Preisen. (2707)

## Meyer & Gelhorn,

Bank- und Wechsel-Geschäft, Danzig, Langenmarkt Nr. 40. An- und Verkauf von Werthpapieren. Ausführung aller in das Bankfach schlagenden Transactionen. Dem geehrten Publikum empfehlen wir unser Roll-Fuhr-Geschäft zu den billigsten Ab- resp. Anfuhr-Preisen von und nach den Bahnhöfen und Dampfern. Zur Bequemlichkeit des werthen Publikums haben wir bei folgenden Herren Brief-Rakten anbringen lassen, welche täglich dreimal geleiert werden: Herr Ad. Cohn Wwe., Langgasse Nr. 1. A. Ludwigs, Heilige Geistsgasse Nr. 35. Oscar Gust. Schulz, Breitgasse Nr. 9. S. Ramke, Altit. Graben Nr. 31. Paul Danilowski, Langgarten Nr. 8. C. S. Bapke, Weidengasse Nr. 30. Für diejenigen Geschäfts-Inhaber, welche durch uns ihre An- resp. Abfuhr besorgen lassen wollen, liegen Scheine zum Untersreiben für die Güter-Abfertigungsstelle jeder Zeit bei uns bereit. F. A. Meyer & Sohn, Inhaber: Robert Meyer. (2712)

## Für das bisher von der Firma N. Pawlikowski, Hundegasse 120,

mit Erfolg vertriebene Münchener Augustinerbräu suchen für Danzig und Umgegend einen tüchtigen solventen Abnehmer. Meldungen an die General-Vertreter Herren Gehr. Bejach, Berlin S. 14. (2608)

## Amortisationsgelder

nach Danzig, Stiftsgelder nach Langfuhr, Joppot, Dhra, Schidlis u. l. w., vermitteln wir zu 4 1/2%, auf ländliche Grundstücke zu 4 bis 4 1/4% u. ertheilen kostenfreie Auskunft über sämtliche Hypothekendarlehen Deutschlands, über Umwandlung 6%iger Hypotheken in 4 1/2% ige, über die Vortheile u. Nachtheile einzelner Banken, über Feuer-, Lebens- und Unfall-Versicherung. Sub-Direction der „Deutschland“, Otto S. Hein, Faulgraben 10, beim Kassabüchsenmarkt. Erhielt aus verschiedenen Landes- resp. großen 40 P, kleinere 35 P, Halbbriefen 40 P, kleinere 35 P, Ladmann, Lobiasgasse 25. Wegen Fortzugs von Danzig ist das Grundstück Langgarten Nr. 13 sofort zu verk. Zu erf. 2 Tr.

## Mazot-Mehl,

dessen streng rituelle Herstellung Herr Rabbiner Dr. Brann beaufsichtigt hat, offerirt in sehr schöner Qualität (2553) Runkmühle Pr. Stargard F. Wichert jun.

## Freiwilliger Verkauf.

Mir sind beauftragt, das der Frau Rentier Julie Depper gehörige Gut Amalienhof per Neuhard, Niederuns, Kreis Elbing, ca. 10 1/2 Hufen kulinisch groß, von vorzüglicher Bodenbeschaffenheit, in höchster Cultur (fast ausschließlich allerbeste Fettweide) mit guten Wirtschaftsgütern, herrschaftl., geräumigem Wohnhause, hübschen Gartenanlagen, Grundsteuer-Neuertrag 8393 M. im Ganzen oder theilw. zu verkaufen. Das Gut ist seit 26 Jahren im Besitz der Familie, liegt 1/2 Meile vom Bahnhof Grünau, 1 Meile (Chaussee) vom Bahnhof Altsfelde und Elbing entfernt. Kaufbedingungen werden sehr günstig gestellt; Reflectanten, denen die Besichtigung jeder Zeit freit steht, wollen sich bei Frau Rentier Julie Depper, Elbing, melden. (2287) S. Ruhn & Schneidemühl, Neuteich Westpr.

## Rentengüter.

Ich übernehme die Vorarbeiten zur Errichtung von Rentengütern und erlaube mir zu bemerken, daß ich bereits mehrere Güter aufgetheilt habe, und den Gang der Sache kenne. J. Caspari in Berent. Ein Grundstück auf der Speicherinsel, in der Nähe der neuen Mollkai, mit Stallung, Remise, Lagerplatz u. kl. Speicher, nach 2 Straßen durchgeh., ist zu verk. Abr. von Selbstkäufl. u. 2672 i. d. Exp. d. 3ig. erb.

## Stellenvermittlung.

Zur Stütze der Hausfrau wird ein Fräulein (mos.) gesucht, welches in allen Wirtschaftszweigen erfahren ist, die bessere Küche versteht und über bisherige Thätigkeit gute Zeugnisse einh. Adressen unter Nr. 2255 in der Expedition der Danziger Zeitung erbeten. Ein Lehrling mit guter Schulbildung kann gegen monatliche Remuneration bei uns eintreten. (2541) Rohleder & Neteband, Papierhandl. en gros & en detail. Ein Lehrling findet im General-Agent.-Bureau einer groß. Feuer-Versicherungsgesellschaft. Stell. gegen Vergütung. Adressen unter Nr. 2627 in der Expedition dieser Zeitung erb. Eine hiesige Brauerei sucht einen eingeführten, tüchtigen Stadtreisenden. Adressen mit Anprüchen sub 2649 in der Expedition dieser Zeitung erbeten. Ein Lehrling für ein hiesiges Waaren-Agentur-Geschäft gegen monatliche Remuneration per sofort oder später gesucht. Abr. u. 2680 i. d. Exp. d. 3ta. erb. Ein Lehrling mit Berechtigung zum einjährigen Militärdienst findet in meinem Colonial-Waaren-En gros - Gesch. zum April eine Stelle u. gewöhre Remuneration. B. Franzen-Danzig. Langer Markt 11 ist die 2. Etage, bestehend aus 7 Zimmern u. großer Mädchenkub. per 1. April zu vermieten. R. Krüger. Mattenbuden 15 ist die zweite Etage, besteh. aus 4 Zimmern und Zubehör, vom 1. April zu vermieten. Meldungen Mattenbuden 16 part. (2720) Ein gut möbl. Zimmer 1. Etage mit ganz vorz. Pension sofort auch später zu vermieten. Jopengasse 24 part. zu erfragen bei Bunsche. (2713)

## Hundegasse 48,

ist die erste, zweite und dritte Etage im Ganzen oder theilw. vom 1. April d. J. ab zu vermieten. Näheres im Comtoir Hundeg. 47 zu erfragen. (2688) Langgasse 15 2. Etage, ist ein elegant möblirtes Vorderzimmer zu vermieten. Ankerhörniedegasse 9, 1. Etage ist eine Wohnung von 4 Zimmern und Zubehör per sofort od. 1. April zu vermieten. (2549) Näheres Winterplatz 38 B 1 Tr.

## Danziger Stadttheater.

Gonntag, Nachmittags 4 Uhr: Der halbe Opren-Prellen. Zu dieser Vorstellung werden Billets für den 1. Rang u. 1 M und Barquet zu 80 P ausgeben. Der Wildschütz. Oper von Corbing. Abends 7 1/2 Uhr: P. P. B. Der Mikado. Hierauf: Die Papageno. Montag: P. P. C. XVII. Noctül. Zum 1. Male. Benefit für Filomena Staudinger. Die Gärtnerin. Oper von Mozart. Vorher: Recept gegen Schwiegermütter. Cuffspiel von Falkenrath. Dienstag: Bei ermäßigten Preisen. Norma. „Beritas“, Berliner Diebstahl-Gesellschaft verführt Verbe. Kin-der, Schweine gegen Tod durch Krankheiten, Unglücksfälle etc. zu billigen Prämien bei prompter Schadenersatz. Agenten können sich melden. Dr. Fürk u. Sohn, Generalagenten für Ost- und Westpreußen. Heilige Geistsgasse 112. Herren-Belzmütze wurde am 13. d. Mts. auf der Straße v. Müllengh. nach Danzig (Hotel du Nord) ein handhoffer enthaltend Mäcke, Kleidungsstücke und Jagdpatronen. Wiederbringer erhält Belohnung im Hotel du Nord, Danzig. (272)

## Verloren

wurde am 13. d. Mts. auf der Straße v. Müllengh. nach Danzig (Hotel du Nord) ein handhoffer enthaltend Mäcke, Kleidungsstücke und Jagdpatronen. Wiederbringer erhält Belohnung im Hotel du Nord, Danzig. (272) Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig, Gymnasium-Beilage.

## Danziger Stadttheater.

Gonntag, den 15. Januar: Großes Concert, ausgeführt von der Capelle des Gren.-Regts. König Friedrich I. unter Leitung des Königl. Musik-dirigenten Herrn C. Theil. Anfang 6 Uhr. Entree 30 P, Logen 50 P. Mittwoh, 18. Januar: Gesellschafts-Abend. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 P, Logen 50 P. Carl Rodenburg, Königl. Hoflieferant. (2307)

## Wilhelm-Theater

Eigenh. u. Dir. Hugo Meyer. Gonntag, Abends 6 1/2 Uhr: Große Extra-Sünnfeler-Vorstellung Neues hochinteressantes Programm. Bert. Bert. u. all. Weit. Blah. Montag, Abends 7 1/2 Uhr: Brill. Special-Vorstellung. Vollständig Neues Künstler-Ensemble.

## Danziger Stadttheater.

Gonntag, Nachmittags 4 Uhr: Der halbe Opren-Prellen. Zu dieser Vorstellung werden Billets für den 1. Rang u. 1 M und Barquet zu 80 P ausgeben. Der Wildschütz. Oper von Corbing. Abends 7 1/2 Uhr: P. P. B. Der Mikado. Hierauf: Die Papageno. Montag: P. P. C. XVII. Noctül. Zum 1. Male. Benefit für Filomena Staudinger. Die Gärtnerin. Oper von Mozart. Vorher: Recept gegen Schwiegermütter. Cuffspiel von Falkenrath. Dienstag: Bei ermäßigten Preisen. Norma. „Beritas“, Berliner Diebstahl-Gesellschaft verführt Verbe. Kin-der, Schweine gegen Tod durch Krankheiten, Unglücksfälle etc. zu billigen Prämien bei prompter Schadenersatz. Agenten können sich melden. Dr. Fürk u. Sohn, Generalagenten für Ost- und Westpreußen. Heilige Geistsgasse 112. Herren-Belzmütze wurde am 13. d. Mts. auf der Straße v. Müllengh. nach Danzig (Hotel du Nord) ein handhoffer enthaltend Mäcke, Kleidungsstücke und Jagdpatronen. Wiederbringer erhält Belohnung im Hotel du Nord, Danzig. (272)

## Verloren

wurde am 13. d. Mts. auf der Straße v. Müllengh. nach Danzig (Hotel du Nord) ein handhoffer enthaltend Mäcke, Kleidungsstücke und Jagdpatronen. Wiederbringer erhält Belohnung im Hotel du Nord, Danzig. (272) Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig, Gymnasium-Beilage.

## Danziger Stadttheater.

Gonntag, den 15. Januar: Großes Concert, ausgeführt von der Capelle des Gren.-Regts. König Friedrich I. unter Leitung des Königl. Musik-dirigenten Herrn C. Theil. Anfang 6 Uhr. Entree 30 P, Logen 50 P. Mittwoh, 18. Januar: Gesellschafts-Abend. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 P, Logen 50 P. Carl Rodenburg, Königl. Hoflieferant. (2307)

## Wilhelm-Theater

Eigenh. u. Dir. Hugo Meyer. Gonntag, Abends 6 1/2 Uhr: Große Extra-Sünnfeler-Vorstellung Neues hochinteressantes Programm. Bert. Bert. u. all. Weit. Blah. Montag, Abends 7 1/2 Uhr: Brill. Special-Vorstellung. Vollständig Neues Künstler-Ensemble.

## Danziger Stadttheater.

Gonntag, Nachmittags 4 Uhr: Der halbe Opren-Prellen. Zu dieser Vorstellung werden Billets für den 1. Rang u. 1 M und Barquet zu 80 P ausgeben. Der Wildschütz. Oper von Corbing. Abends 7 1/2 Uhr: P. P. B. Der Mikado. Hierauf: Die Papageno. Montag: P. P. C. XVII. Noctül. Zum 1. Male. Benefit für Filomena Staudinger. Die Gärtnerin. Oper von Mozart. Vorher: Recept gegen Schwiegermütter. Cuffspiel von Falkenrath. Dienstag: Bei ermäßigten Preisen. Norma. „Beritas“, Berliner Diebstahl-Gesellschaft verführt Verbe. Kin-der, Schweine gegen Tod durch Krankheiten, Unglücksfälle etc. zu billigen Prämien bei prompter Schadenersatz. Agenten können sich melden. Dr. Fürk u. Sohn, Generalagenten für Ost- und Westpreußen. Heilige Geistsgasse 112. Herren-Belzmütze wurde am 13. d. Mts. auf der Straße v. Müllengh. nach Danzig (Hotel du Nord) ein handhoffer enthaltend Mäcke, Kleidungsstücke und Jagdpatronen. Wiederbringer erhält Belohnung im Hotel du Nord, Danzig. (272)

## Verloren

wurde am 13. d. Mts. auf der Straße v. Müllengh. nach Danzig (Hotel du Nord) ein handhoffer enthaltend Mäcke, Kleidungsstücke und Jagdpatronen. Wiederbringer erhält Belohnung im Hotel du Nord, Danzig. (272) Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig, Gymnasium-Beilage.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 13. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Graf zu Eulenburg, Dr. Miquel. In der ersten Berathung des Gesetzentwurfes, betr. die Aenderung des Wahlverfahrens spricht zunächst Abg. Bachem (Centr.): Meine Partei hat wie andere Parteien ihre Zustimmung zur Steuerreform davon abhängig gemacht, daß ein genügendes Wahlgesetz zu Stande kommt. Die Vorlage können wir als ein genügendes Gesetz nicht anerkennen, wenn es auch gewisse Verbesserungen unanfechtbar gewordener Zustände mit sich bringt. Warum will man bloß den status quo von 1891 wiederherstellen. Dann müßte man doch zurückgehen auf den Standpunkt bei Erlaß des Wahlgesetzes, dessen Wirkungen seit 1849 sich sehr wesentlich verändert haben. Die Regierung will keine grundsätzliche Aenderung des Wahlrechts. Das Centrum hält an seinem grundsätzlichen Standpunkt fest, verzieht aber jetzt auf weitere Erörterungen dieser Frage, weil dieselben nur einen akademischen Werth haben könnten. Der Zeitpunkt für das Wahlgesetz, welches im Artikel 72 der Verfassung versprochen ist, ist allerdings noch nicht gekommen, denn wir befinden uns jetzt in der Steuerreform. Aber warum stellt die Regierung nicht ein neues Wahlgesetz in Aussicht für die Zeit nach Beendigung dieser Reform? Unser Bestreben wird es sein, eine Reform des Wahlverfahrens herbeizuführen, sobald die Steuerreform vollendet ist. Daß sämtliche Steuern, nicht bloß die Staatssteuern, sondern auch die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern zur Grundlage der Klasseinteilung gemacht werden sollen, begrüße ich mit Freuden. Aber man muß dann auch die indirecten Steuern in Rechnung stellen, die in den letzten Jahren erheblich gewachsen sind. Die erste Klasse soll 5/12, die zweite 4/12, die dritte 3/12 des Steuerbetrages umfassen. Diese Verschiebung zu Gunsten der dritten Klasse ist zu billig; aber man sollte hierbei nicht einseitig verfahren, sondern für die Gemeindegewählten eine andere Eintheilung zulassen. Ueber die Wirkung der Vorlage kann man sich noch keine Vorstellung machen, vielleicht wird in den Wahlkreisen eine Ausgleichung eintreten. Aber anders steht die Wahl bezüglich der Gemeindegewählten, wo sich eine plutokratische Zustellung schon seit längerer Zeit bemerkbar gemacht hat. Die Vorlage wird diese Erscheinung fördern. Wenn wir es mit einer Plutokratie zu thun hätten, die sich der ständigen Verpflichtung des Reichthums bewußt ist, dann könnte man eine Bevorzugung bei den Wahlen gestatten. Wir haben es aber mit einer Plutokratie zu thun, welche den krassen Egoismus vertritt. Das Wahlgesetz ging davon aus, daß in der ersten Klasse die Leistungsfähigkeit, in der zweiten die Intelligenz vererbt sein sollte. Jetzt ist die Intelligenz in die dritte Klasse gedrängt; in Berlin wählen sogar die Minister in der dritten Klasse. Diese Elemente gehören in die zweite Klasse. (Große Heiterkeit.) In die erste Klasse können sie nicht hinein, weil dort die Plutokratie herrscht; die Intelligenz der Minister soll dort nicht lahm gelegt werden. Die Vorlage ist ein Werk, auch wenn wir vielleicht die Stärke der einzelnen Wahlkreise procentual festlegen. Aber das Stückwerk muß wenigstens so eingerichtet werden, daß es vorhält bis zum Erlaß eines neuen Wahlgesetzes. Warum scheut man sich denn vor der Einführung des allgemeinen geheimen directen Wahlrechts? Bei der offenen Abstimmung macht sich der Einfluß der Arbeitgeber, der Beamten u. s. w. auf die abhängigen Personen geltend. Wenn wir die Autorität der Arbeitgeber und Beamten wahren wollen, dann muß der Verdacht verhindert werden, daß dieselben ihre Stellung mißbrauchen. Es macht sich auch ein Egoismus von unten bemerkbar, der die Wahlen beherrscht. Nur dem Terrorismus ist der Ausbruch des Saarbrücker Aufstandes zuzuschreiben. Wir wollen keine Herrschaft der Plutokratie, aber auch keine Herrschaft des Terrorismus. Ich verlange, daß das directe Wahlrecht für die Landtagswahl eingeführt wird, je eher, desto besser. Es kann auch einmal die Zeit kommen, daß die Socialdemokraten, welche jetzt das geheime directe Wahlrecht fordern, dagegen ankämpfen. Die Bedenken gegen diese Regierungsvorlage sind also überaus große. So, wie sie jetzt ist, kann sie uns nicht genügen. Ich beantrage die Ueberweisung an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. Francke-Londern (nat.-lib.): Zur Zeit liegt keine Veranlassung vor zu einer durchgreifenden Aenderung unseres Landtagswahlrechts, da wir die Wirkungen der Steuerreform noch nicht kennen. Der vorgelegte Entwurf soll nur und kann nur einen provisorischen Charakter haben. Wir werden daher von der Erörterung anderer großer Fragen absehen und uns nur im Rahmen dieses Gesetzes bewegen, da wir sonst zu keinem Ende kommen würden. Der Erfolg der Vorlage, welche die sechshundert Bevölkerung in ihrem Wahl-einfluß stärkt, ist mir sehr sympathisch. Dem Vorschlag, auch die indirecten Steuern anzurechnen, kann ich nicht beistimmen, denn wie will man das Maß der indirecten Steuern auf den einzelnen Steuerzahler berechnen? Die Abgrenzung der einzelnen Wählerklassen nach Procentfächen wäre ganz willkürlich und würde in vielen Fällen zu den größten Ungerechtigkeiten führen und ebenföhlige Mißstände nach sich ziehen, wie sie aus den von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen befristet werden. Man wirft dem Entwurf eine Begünstigung der Gutsbesitzer vor, da für diese die veranlagte Grund- und Gebäudesteuer angerechnet werden soll, weil directe Gemeindesteuern hier nicht erhoben werden. Man vergißt aber ganz, daß der Gutsbesitzer Gemeindesteuern zu erfüllen hat, deren Höhe dem Maß seines Einflusses bei Wahlen entsprechen dürfte. Zu bedenken ist ferner, daß dieses Gesetz ein provisorisches ist und bei den nächsten Wahlen die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ja noch nicht erlassen sein wird. Es bleibt also betrefis der Gutsbesitzer vorläufig bei den bisherigen Verhältnissen bestehen. Wenn die intelligente Bevölkerung in die dritte Klasse zurückgedrängt worden ist, so ist schuld daran das vom Centrum durchgeführte Wahlgesetz von 1891, das die Drittelung der Urwahlbezirke vorschreibt. Ein Zustand, nach dem der Reichshandwerker in dritter Klasse wählt, ist absolut unerträglich, und es muß in dieser Beziehung Remedy geschaffen werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Charlinski (Pole): Die Besserungen des Gesetzes gegenüber dem bisherigen Zustand sind ungenügend. Sollten noch weitere Steuern, z. B. die Vermögenssteuer, angenommen werden, dann würde noch eine weitere Verschiebung zu Ungunsten der dritten Klasse eintreten. Der Verteilungsmaßstab muß verbessert werden, damit den unteren Klassen, welche den größten Theil der indirecten Steuern zu tragen haben, ihr Recht wird. Dafür wird die Commission sorgen müssen.

Abg. v. Schöppe (Freiconf.): Die Vorlage kennzeichnet sich als ein Provisorium, welches ein Gesetz anbahnen soll, das erlassen werden muß, wenn die Wirkungen der Steuerreform zu übersehen sind. Die Anrechnung der aufzuhebenden Realsteuern begrüßen wir mit besonderer Freude, weil wir eine Schmälerung der Rechte der sechshundert Bevölkerung tief beklagen würden. Bedenken erregt dagegen die Anrechnung der Communalsteuern. Ueber den Umfang der Gemeindesteuern können Zweifel bestehen. Vielleicht bietet § 55 des Communalsteuergesetzes eine Sanction. Die Schulsteuern sind in einem Theil der Monarchie Gemeindesteuern, in anderen Societätsabgaben. Auch sie bilden eine schwere Belastung. Es ist deshalb zu erwägen, ob auch diese nicht angerechnet werden müssen. Was die Gutsbezirke

betrifft, so wissen wir, daß die Gutsbesitzer ganz analoge Lasten tragen wie die benachbarten Gemeinden. Die Leistungen müssen entweder ermittelt oder geschätzt werden. Der zweite Weg ist der praktischere. In vielen Gutsbezirken wird mehr geleistet werden, als das Realsteuerfoll beträgt. Vielleicht lassen sich diese Leistungen nach Maßgabe der benachbarten Communalgemeinden berechnen. Es ist sehr zweifelhaft, ob der in der Vorlage angenommene Satz des Realsteuerfolls zutrifft. Auch meine politischen Freunde unterstützen den Antrag auf Verweisung an eine Commission. Die Vorschläge des Abg. Bachem werden unsere Zustimmung niemals finden. Die Erfahrungen, welche wir mit dem geheimen Wahlrecht bei den Reichstagswahlen gemacht haben, beweisen doch, daß in dem geheimen Wahlrecht kein Mittel gegen die Socialdemokratie liegt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Daß das Provisorium ein recht langes sein, daß diejenigen, welche durch „das elendeste aller Wahlgesetze“ in den Besitz gekommen sind, sich nicht so leicht selbst expropriieren werden, darauf muß sich das Land gefaßt machen, ebenso darauf, daß die Majorität das künstlich zusammengestellte System der Regierungsvorlage noch verschlechtern werde. Die Zahlen genauer zu prüfen, wird Sache der Commission sein. Unseren principielle Standpunkt haben wir in den letzten Jahren wiederholt dargelegt. 1891 bei dem Steuer-gesetz brachte ich in der Commission einen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ein. Er wurde nur vom Centrum unterstüzt. Fürst Bismarcks scharfe Kritik unseres Landtagswahlrechts, das er ein künstliches, auf Erzielung gemachter Majoritäten berechnetes nannte, war vollständig zutreffend. (Zuruf rechts: unerbesserlich!) Ja wohl die Herren dort (rechts) sind unerbesserlich; wir trauen Ihnen auch gar nicht zu, daß sie auf ihre Wahlprivilegien verzichten werden, in dieser Beziehung halte ich sie einer Verbesserung nicht fähig. Welch ein Unterschied zwischen dem Reichs- und Landtagswahlrecht ist, das sieht man am besten aus der Wahlbetheiligung. Sie ist kläglich bei der Landtagswahl; wir haben leider seit 1861 keine genaue Statistik darüber. Damals betrug sie 27 Proc. der Wähler, bei den letzten Wahlen ist sie sicherlich auf 15-20 Proc. heruntergegangen, während bei der Reichstagswahl die Betheiligung zwischen 60 und 70 Proc. schwankt. Es ist heute gesagt, die Dinge, die wir hier verhandeln, gingen die unermittelten Klassen weniger an. Ist das richtig? Geht die Schule, die Justiz u. die Unbemittelten etwa weniger an, als die Besitzenden? Das jetzige Wahlgesetz wird dem Reichstagswahlrecht weichen müssen, davon bin ich überzeugt. Ob wir es noch erleben werden, wissen wir freilich nicht. Zur Zeit bleibt uns dieser Majorität gegenüber nichts anderes übrig, als das jetzige schlechte Wahlrecht, soweit es irgend möglich ist, zu verbessern. Da ist vor allem nöthig die geheime Abstimmung. Der Vorredner will sie nicht, weil man im Reich schlechte Erfahrungen damit gemacht hat. Welche denn? Nur deshalb vielleicht — und dagegen haben wir wirksame Maßnahmen beantragt — weil das Geheimniß der Wahl noch nicht gehörig gewahrt ist. Geht dies, so ist weder von unten noch von oben Terrorismus und Zwang gegen den einzelnen Wähler möglich. Daß z. B. die zahlreichen Beamten durch die öffentliche Abstimmung leicht in eine sehr unbecuene Lage kommen können, werden Sie doch nicht leugnen. Ist denn das Stimmzettel des Landrathes, Regierungspräsidenten, ja Ministers, das doch für den Beamten keine unangenehme Folge haben kann, nur eine Einbildung von uns? Nun, darüber können Ihnen die Beamten selbst Auskunft geben. Fragen Sie dieselben doch einmal. Die Herren haben gut reden von dem Muth der Ueberzeugung. Wer materiell ganz unabhängig ist, den genirt es nicht öffentlich auch vor dem Landrath, Prä-sidenten etc. abzustimmen. Der unermittelte Beamte mit zahlreicher Familie ist ganz anders daran. Wenn es Ernst ist mit der Freiheit der Wahl, der muß auch die geheime Abstimmung gewahren. Ferner: Sie wollen die Grund- und Gebäudesteuer, die veranlagt, aber nicht gezahlt wird, in die Rechnung bringen, dagegen den bedeutenden Betrag der wirklich gezahlten indirecten Steuern lassen Sie außer Betracht. Ist das gerecht? Schon früher habe ich darauf hingewiesen. Die Rechnung läßt sich sehr leicht machen. Es sind über 14 Mk. pro Kopf. So gut wie 3 Wähler jeden Wähler, der nicht Einkommensteuer zahlt, zugezählt werden — und wir wünschen die 3 Wähler noch höher, um die Bedeutung der 3. Abtheilung zu erhöhen — so können Sie auch einen Betrag für die indirecten Steuern zuschlagen. Anträge behalten wir uns vor. Einer der Vorredner meinte, im Reich sei das allgemeine gleiche Wahlrecht begründet, in Preußen handle es sich weniger um Dinge, die die unermittelten Klassen näher angingen. Wie will man das begründen? Geht z. B. die Schule etwa die Besitzenden mehr an, wie die Aermsten? oder die Justizpflege? Auch der vom Centrum in Aussicht gestellte Antrag, einen bestimmten Procentfuß anzunehmen, der der 3. Abtheilung u. s. w. gewährt werden müsse, empfiehlt sich als eine Verbesserung. Auch diese wollen die Herren nicht. Wir dagegen werden diese und jede Verbesserung dieses schlechten Wahlgesetzes unterstützen. Wir sind auch der Meinung, daß diese Gelegenheit benutzt werden muß, um das schwerfällige und unbecuene Wahlverfahren zu ändern. Was hat es z. B. für einen Zweck und Sinn, daß, wie es das Reglement vorschreibt, die Liste der Wähler am Anfang der Wahlhandlung verlesen wird? Man kann dabei nur halbe Fische bekommen. (Heiterkeit.) Das ist ein unnützes, langweiliges Geschäft. Der Minister macht eine abwehrende Bewegung. Haben Sie das als Urwähler nicht empfunden? Beiläufig gesagt, möchte ich die Herren Minister, die hier in der 3. Abtheilung gewählt haben, nicht wie der Abg. Bachem aus der 3. in die 2. Klasse retten. Im Gegentheil, ich habe eine gewisse Schadenfreude daran, daß sie das Schwergewicht „des Geldsacks“ an ihrem Leibe fühlen. (Heiterkeit.) Darin liegt doch etwas Verwundenes. Eine zweite Aenderung, die jeder Partei willkommen sein muß, wäre die, daß man die einzelnen Abtheilungen gefondert während mehrerer Stunden des Tages, z. B. von 11 Uhr Vormittags bis 3 oder 4 Uhr Nachmittags, abstimmen läßt. Wenn wir auch das, was wir wollen, nicht erreichen werden, so werden wir doch positiv mitarbeiten, um wenigstens soviel Verbesserungen wie möglich zu erreichen. (Beifall links.)

Abg. v. d. Heydenbrand u. d. Casa (conf.): Die Ansetzung von 3 Mk. für denjenigen, welcher gar keine Steuern zahlt, bedeutet an sich schon eine große Verstärkung der dritten Klasse. Dem gegenüber ist es zweifelhaft, ob wir nicht an den alten Bestimmungen für die erste Klasse festhalten sollen.

Im allgemeinen stehen wir auf dem Boden der Vorlage, denn wir halten es für ein durchaus richtiges Princip, daß die aufzubringenden Steuern einen Maßstab für den Einfluß auf die Wahlen bilden. Eine Berücksichtigung indirecter Steuern können wir nicht zugeben; denn wo giebt es einen sicheren Maßstab für die Höhe der directen Steuern?

Man hat das bestehende System das elendeste aller Wahlssysteme genannt. Wo giebt es ein besseres? Das geheime allgemeine ist es nicht. Wenn bei den Reichstagswahlen die Betheiligung eine größere ist, so liegt das an der verstärkten Agitation. Wir sind für die geheime Wahl nicht zu haben. Das bestehende Wahl-system ist das einzige Mittel, um den Umsturz aufzuhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Herold (Centr.) hält die Anrechnung der indirecten Steuern nicht für thunlich, weil sie Reichstagswahlen seien. Die geheime Wahl müsse eingeführt werden, weil die öffentliche Wahl zur Beeinflussung des Arbeiters und zur Zerreißung selbst der intimsten Familienbande führe.

Abg. Dr. Herrfurth (fractionlos): Ich erkläre mein principielles Einverständnis mit der Tendenz der Vorlage, das bestehende System von Mißständen zu säubern, welche namentlich bei der Aenderung des Staatssteuer-systems eingetreten sind. Die Bedeutung des Reichstagswahlrechts besteht darin, daß es ein allgemeines ist. Aber das Wahlrecht zum Landtag ist ebenso ein allgemeines. Mit vollem Recht hält die Vorlage an diesem Grundsatze fest. Das Landtagswahlrecht ist ein Klassenwahlrecht, aber innerhalb der Klassen ist es ein gleiches. Dieses System festzuhalten, liegt im Interesse der Aufrechterhaltung unserer gesellschaftlichen Zustände. Hieran zu ändern wäre ein verhängnisvoller Fehler. Das Landtagswahlrecht hat die Neigung, sich fortwährend zu verschleppen, und zwar meistens nach der plutokratischen Seite, durch die Einkommensteuer, die Einführung der Vermögenssteuer, durch Einführung des neuen Gewerbesteuer-gesetzes. Bedenken habe ich bezüglich der Einzelbestimmungen im § 2. Zweifelhaft ist mir auch, ob durch den Procentfuß von 5/12, 4/12, 3/12 alle Verschiebungen beseitigt werden, welche durch die Gewerbesteuer eintreten. Vielleicht läßt sich der Vorschlag des Abg. Bachem dahin ermäßigen, daß man für die erste Klasse 5, für die zweite Klasse 15 Proc. festsetzt.

Alle diejenigen, welchen die Beibehaltung des Dreiklassenwahl-systems am Herzen liegt, müssen dafür sorgen, daß alle damit verbundenen Uebelstände beseitigt werden. Die Aufgabe ist eine schwierige, und der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht voll gelöst. Die bloße Existenz des Reichstagswahlrechts ist eine schwere und dauernde Gefahr für das Dreiklassenwahl-system. Dasselbe zu stärken, wird Aufgabe der Commission sein. (Beifall rechts.)

Abg. Dasaba (Centr.): Daß bei der öffentlichen Abstimmung Beeinflussungen vorkommen, läßt sich ganz genau nicht beweisen, aber Jeder, der die Vorgänge mit offenen Augen beobachtet hat, muß schon aus der Beschaffenheit der Wahllokale und aus dem Verfahren schließen, daß eine Beeinflussung abhängiger Personen die Regel ist. Gält man die drei Klassen aufrecht, dann muß man wenigstens die geheime Abstimmung einführen, die ja entsprechend dem Antrage des Abg. Richter im Reichstage gefordert werden kann.

Abg. Dr. v. Gneiß (nat.-lib.): Alle Wahlgesetze, welche aus Fraktionsbeschlüssen und aus dem Streit der Parteien hervorgegangen sind, haben keinen Bestand gehabt. Alle Wahlgesetze von Dauer verdanken ihren Ursprung der Monarchie, der Dictatur oder der Quasidictatur. Das preussische Wahlgesetz rührt aus der Monarchie her, und das ist kein unglückliches Zeichen für seinen Bestand. Vom bloßen Interessenstandpunkt aus kann man kein Wahlgesetz machen.

Wenn man sagt, jedermann hat an den Vorgängen hier ein Interesse, deshalb muß allgemeine Wahl eingeführt werden, so könnte man auch sagen: auch die Weiber und Kinder haben ein Interesse daran und müssen wahlberechtigt sein. Unsere ganze Entwicklung geht dahin, daß denjenigen, welche mehr für den Staat leisten, auch ein entsprechender Einfluß auf die Wahlen zuerkannt werde. Unser Wahl-system ist nicht das schlechteste. (Beifall und Gähndehklappen bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Meyer-Berlin (frei.): Das allgemeine geheime Wahlrecht paßt nicht für die Communen. Damit ist aber noch nicht bewiesen, daß es nicht für das Parlament paßt. Jede Aenderung des Steuer-systems ruft eine Aenderung des Wahlrechts hervor. Nun meine ich aber, daß das Wahlrecht fest stehen muß, während hingegen das Steuer-system zu den beweglichen Dingen gehört.

Weil das Wahlrecht zu den conservativsten Elementen des Staatslebens gehört, muß es, wenn einmal eine Aenderung nothwendig geworden ist, gleich so gründlich geändert werden, daß eine neue Aenderung auf Jahre hinaus nicht zu erwarten ist.

Es ist auffallend, Alles, was den Conservativen zufällt, betrachten sie als ein wohlverordnetes Recht. Alles, was den anderen Parteien in den Schoß fällt, betrachten sie als einen Raub. Dabei fällt mir eine kleine Anekdote ein, die schon deshalb bei einigen im Hause Anklang finden wird, weil sie einen antijemaischen Geruch hat. (Heiterkeit.) Es war einmal ein Jude, der von einem reichen Glaubensgenossen ein ansehnliches Almosen erhielt. Eines schönen Tages sagte der Geber, ich habe Unglück im Geschäft gehabt, ich kann Dir nichts geben. Worauf der Empfänger sagte, wer heißt dich handeln mit meinem Geld. (Heiterkeit.) Sie (nach rechts) glauben, daß der Reichshandwerker mit Ihrem Gelde gehandelt hat.

Wir wünschen, daß das Wahlgesetz von Grund auf geändert wird. Wir gehen dabei ohne Erregung vor. Wir glauben, daß das Centrum besonderes Interesse daran hat, daß nur im Zusammenhang mit der Steuerreform ein Wahlgesetz verabschiedet wird. Wir legen die weitere Behandlung der Sache vertrauensvoll in die Hände des Centrums. (Große Heiterkeit.)

Schluß 3 1/2 Uhr. Die weitere Berathung wird alsdann auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Aus der Provinz.

Verent, 13. Januar. Wie nothwendig die Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses ist, hat gestern wieder ein Fall gezeigt, wo bei dem Fleischer J. Magnus hier ein durch und durch tuberkuloses Stück Rindvieh, das bereits abgeschlachtet war und nun verkauft werden sollte, noch rechtzeitig polizeilich in Beschlag genommen und vernichtet wurde. Wie viel krankes Vieh geschlachtet wird und in den Consum übergeht, entzieht sich überhaupt der Controle, da es nur einem Zufall zu verdanken ist, daß in vorliegendem Falle die Polizei von der Sache Kenntniß bekam und ihre Maßnahmen treffen konnte. — Heute früh ist in der Nähe der Stadt auf dem evangelischen Kirchhofe die Spur eines Mißgeschickes gefunden, das sich höchst wahrscheinlich in dem nahen Buchberger Forstrevier aufhält.

Elbing, 13. Januar. Das Räuber'sche Messing- und Walzwerk ist in der letzten Zeit erfreulicherweise derartig mit Eislieferungsaufträgen bedacht worden, daß man die Nachschichten wieder eingerichtet hat, welche vor etwa Jahresfrist eingestellert wurden. Unter anderen größeren Aufträgen sei hier eine Lieferung von 3600 Centner Patronenhüllen für die Gewerkschaft in Spandau erwähnt. Zwecks pünktlicher Erledigung dieses Auftrages haben 35 Arbeiter in der Fabrik neu eingestellt werden müssen. — Das hiesige Schwurgericht beschäftigte sich heute mit einer interessanten Verhandlung wegen Meineides gegen den Arbeiter Heinrich Arndt aus Reimansfelde. Derselben lag folgender Thatbestand zu Grunde: A. erhielt eine Ordre, sich am 28. August v. J. zwecks Theilnahme an einer zehntägigen Uebung auf dem Bezirks-Commando in Marienburg zu stellen, erschien jedoch erst am 30. August und gab dann als Entschuldigung für sein verspätetes Eintreffen an, auf dem Wege zum Bahnhofe in der Nähe von Ribben überfallen, mißhandelt und beraubt worden zu sein. Bestimmunglos habe er dann die Nacht bis zum 29. August an dem Thatorte zugebracht, ging dann zu seiner Tante in Pangritz-Colonie, von wo aus er dann von seinen Eltern aus Reimansfelde Reisegeiß holen ließ. Dem Bezirks-Commando schienen diese Angaben wenig glaubhaft und erbatte derselbe sofort der Staatsanwaltschaft zu Elbing Anzeige, damit letztere Untersuchungen über die Richtigkeit dieser Angaben anstellen konnte. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde der Angeklagte vernommen, und machte derselbe genau dieselben Angaben wie auf dem Bezirks-

Commando und erhärtete seine Aussagen durch einen Eid. Die eingeleitete Untersuchung ergab aber, daß die ganze Raubfallgeschichte erfunden sei, und zwar nur zu dem Zwecke, um sich einer militärischen Bestrafung wegen Nichterreichung des Befestigungstermines, welche letztere in einer Trunkenheit ihren Grund hatte, zu entziehen. Der Angeklagte erhielt mit Rücksicht darauf, daß er durch Angabe der Wahrheit vor dem Richter sich würde strafbar gemacht haben, 1 Jahr Gefängniß. Marienwerder, 12. Januar. Der Magistrat als Aufsichtsbehörde der Sterbehäufle für den Kreis und die Stadt Marienwerder hat, wie zu erwarten war, die Wahl des Secundaners A. zum Rebenanten des Vereins beanstandet und es ist bereits eine Neuwahl auf Donnerstag, den 19. d. Mts., ausgeschrieben worden. — In der vergangenen Nacht sind hier und in der Umgegend ungeheure Schneemassen herniedergegangen, die den Verkehr auf den Landwegen sehr erschweren.

Bermühtes.

B. [Berliner Reporternouveautés.] Unter dieser Epithete gehen uns aus Berlin folgende Mittheilungen über jene Species von Zeitungsmitarbeitern zu, die sich mit erstaunlichem Geschick überall da einfinden, wo „zufällig etwas los“ ist, die jedem Ereignisse, für gewöhnliche Sterbliche noch so unbedeutend und selbstverständlich, ein effectvolles Mantelchen umzuhängen wissen, daß es sich höchst wichtig präsentirt, die sich endlich der fast gesammten hauptstädtischen Presse so unentbehrlich zu machen verstanden haben, daß heutigen Tags beinahe kein Redacteur, kein nach Neuigkeiten suchender Zeitungsleser mehr ohne sie bestehen kann.

Es war jüngst bei der Seidenfeierlichkeit eines bedeutenden Lobten auf einem hiesigen Kirchhof; der Prediger hielt noch einmal eine kurze, schroingvolle Ansprache an die Trauerversammlung, indem er der Thaten des Entschlafenen gedachte, die das offene Grab umstehende Verjammung war tief bewegt, als man ein kleines Mädchen, das vor nicht langer Zeit wohl erst die Kunst des Schreibens überhaupt gelernt haben mochte, sich geschäftig zwischen den Gruppen bewegte, indem es fleißig Notizen in ein Büchlein machte, kein Wort von der Rede überhörte, keinen Antrag übersehen, keine Miene unberücksichtigt lassen wollte. Am Abend dieses Tages aber fand man in fast allen hiesigen Zeitungen einen Spaltenfüllen Bericht über diesen Akt, zu welchem der kleine Reporter den Stoff gesammelt und ihn seinem Vater, der „Specialist auf diesem Gebiet“, wie man sagt, zugestellt hatte. Wenn nun schon diese Thätigkeit des kleinen Mädchens wunderbar erscheinen will, so muß es noch wunderbarer berühren, daß die Berliner Presse einem Reporter ein Auskommen, und zwar ein „sehr“ gutes, wie man meint, zugesetzt, der ausschließlich sich mit Beschreibungen von Begräbnissen beschäftigt. Allerdings hat man hier wieder einen neuen, schlagenden Beweis, wie groß unsere Residenz!

Und ferner: Zu einer bestimmten Zeit findet sich all-täglich in dem Restbill einer größeren Redaction, in welchem sich Schreiberbeirathungen befinden, eine ganze Reporterfamilie etc., bestehend aus Mann, Frau und Sohn, welche nach einem entworfenen Plan die Stadt auf einer Neugierthaus durchkreuzt, um hier die Sache „im Großen“ zu betreiben. Denn das Familienoberhaupt arbeitet heute an einem Artikel über elektrisches Beleuchtungsweisen an den Drochsenlaternen, die Frau hat ein pikantes Liebesanekdöten unter der Feder und der Sohn endlich vervielfältigt auf einem sinnreichen Apparat den jüngsten Feuerbericht der Stadt in eine große Anzahl Exemplare. Die Thätigkeit ist fieberhaft, denn ein tüchtiger Reporter ist eigentlich der Gegenwart immer ein einige Rasenlängen im Vorprung. Die Federn, besonders die der Frau Mama, fliegen über das Papier, ja die Geschäfte sind von der geistesanstrengenden Arbeit geföhrt. Da schlägt es Mittag; nun ist es die höchste Zeit, einen Schluß zu machen. Alle Notizen sind vervielfältigt, werden gewandt zusammengelegt und unter die drei vertheilt; dann liebt man nach den verschiedensten Richtungen aus einander, um die 23 größeren Redactionen Berlins zu beglücken. Und am Abend weiß die ganze Stadt, was vorgefallen!

[Eine von Wölfen belagerte Stadt] ist bei der strengen Kälte zur Zeit die russische Stadt Izkhrin im Gouvernement Tomgorod. Die hungrigen Bestien umkreisen die Stadt in großen Trupps und bringen nicht selten bis in diese selbst vor, alles kleine Gethier, ja selbst Kinder mit sich nehmend. Die Bewohner Izkhrins wagen nicht anders, als bis an die Zäune bewaffnet vor die Thüre zu treten. Der Gouverneur der Provinz hat ein Bataillon Infanterie, eine Sotnie Kosaken und 300 Jäger zur Ausrottung und Verjagung der Raub-thiere entsandt.

[Ein Retter.] Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Frankf. Ztg.“: Zuckerbäcker und Bonbonfabrikanten hört man oft darüber klagen, daß es mit der Dichtung, die sie brauchen, um den Süßigkeiten etwas Geistiges beizugeben, sehr böß bestellt sei; gute Bonbonverfe mache heute niemand mehr, die Poésie (scharkeche lieber für die „goldene“ 110, 124 u. s. w. Da bietet sich ein Retter in der Noth, herr C. Schröder, „Herausgeber von Werken Friedrichs des Großen“, wie er sich bescheiden nennt. Der Mann bietet für nur 20 Pf. 95 „Bismarck-Heften“, die prächtigen Bonbonverfe, auf die jeder Zuckerbäcker aufmerksam gemacht sei. Der Titel „Bismarck-Heften“ darf niemanden abschrecken, denn die gereimten Zweizeiler sind harmlos für jedermann; möglicher Weise sind sie als Umhüllungen für Bismarck-Bonbons angefertigt worden. Einige Proben mögen darthun, daß wir keinem werthlosen Product unsere Fröhsprache angebeihen lassen.

- Nr. 3. Er fiel, er weiß es nicht „warum“: Der Bismarck war doch sonst nicht dumm.
- Nr. 9. Ihm geht aus seines Herzens Grund: Oft über geht recht sehr der Mund.
- Nr. 18. Der Jar war sein Kompaß, sein Stern; Er hat den Jaren gar zu gern.
- Nr. 30. Er jagte einst auf Enten, Er jagte nie nach Rentern.
- Nr. 33. Er machte sich zum Schaden Fanfaren aus Chamaden.
- Nr. 46. Er hat noch Haare auf den Zähnen, Nicht immer echt sind seine Thranen.
- Nr. 49. Bismarck sans phrase Bismarck sans place.
- Nr. 64. Es war ihm Alles „Blech“, Das war sein Pech!
- Nr. 87. Collegen ließ er niemals springen, Sie immer nur von selber gingen.
- Nr. 89. Er war ein Mann von „Eisen“, Ein Feind von Holz- und Kohlenpreisen.

Der neuen „Nationalpartei“ sei herr Schröder bestens empfohlen; Graf Westphal wird doch Harze und Ceier nicht allein bewältigen können.

München, 7. Januar. Während sich im heutigen Baiern, abgesehen von der an das tirolische Nachbarland erinnernden Aelbung der Gebirgsbauern, nur wenige Nationaltrachten erhalten haben, giebt es eine Menge alter Volksgeräthe. Am bekanntesten und jedenfalls am ältesten ist die Gütte des Haberfeldtreibens, gegen welche jetzt, obwohl sie bloß in ur-katholischem Lande vorkommt, von clericalen Blättern die Hilfe der Jesuiten und Redemptoristen verlangt wird. Im Gegenthat zu dem polizeilich verpönten Femgericht handelt es sich bei dem alle sieben Jahre wiederkehrenden Schäffertag — einem Feste der

